

Jungen- und Männerpolitik in den Parteien und den Gewerkschaften 2008

Stuttgart im Oktober 2008
i.A. Dr. Bruno Köhler und Dr. Lutz Hillmann
MANNdat e.V. - Gemeinnütziger Verein
Amtsgericht Stuttgart, VR-7106
Fon: 06233-2390043
Fax: 06233-2390042
E-mail : info@manddat.de
www.manddat.de

Hinweis

Diese Studie gibt die Bewertung des Vereins MANNdat e.V. wieder. Sie wurde im Benehmen mit den in dieser Studie genannten Parteien und der Gewerkschaft DGB gemacht. D.h. diese Einrichtungen hatten die Möglichkeit zur Stellungnahme. Die in diesen Stellungnahmen enthaltenen konkreten Maßnahmen, Projekte u.ä. wurden in die Studie mit eingearbeitet. Allgemeinplätze und Wahlversprechen wurden nicht berücksichtigt.

Inhalt

Inhalt3

Geschlechterpolitik der Parteien5

 Geschlechterpolitik allgemein:5

 „Positive“ Diskriminierung6

 Petitionsausschuss6

 Beispiel 1.....6

 Beispiel 2.....6

 Beispiel 3.....7

 Allgemeines Gleichbehandlungsgesetz und Antidiskriminierungsstelle.....7

 Fall 17

 Fall 27

 Fall 38

 Gender Mainstreaming9

 Die Parteien im Einzelnen.....10

 CDU/CSU – Vom Jungenförderversprechen zur Jungenverliererpolitik10

 SPD – Männlichkeitsfeindlichkeit als Parteigrundsatz10

 Die Grünen – Mit Frauenstatut zur Männersteuer.....11

 FDP – in Siebenmeilenschritten zur Frauenförderpolitik.....12

 Die Linke – Feminismus und Doppelmoral13

Jungen und Bildung15

 Hintergrund15

 CDU/CSU.....18

 SPD.....20

 FDP20

 Die Grünen.....20

 Die Linke20

 Zusammenfassung21

Migrantenjungen22

 Der Hintergrund22

 Jungen ausgrenzende Integrationspolitik22

 Jungen und Integrationspolitik heute23

 CDU25

 SPD.....26

 Die Grünen.....26

 FDP26

 Die Linke27

 Zusammenfassung27

Zwangsdienste.....29

 Hintergrund29

 CDU/CSU.....30

 SPD.....31

 FDP31

 Die Grünen.....32

 Die Linke32

 Zusammenfassung33

Jungen- und Männergesundheit34

 Hintergrund34

 Die Genitalverstümmelung bei Jungen und Männern.....36

 Sozialpolitik.....37

 Männer sind die Verlierer des Sozialsystems38

 Warum interessiert sich die Politik nicht für Männergesundheit?.....38

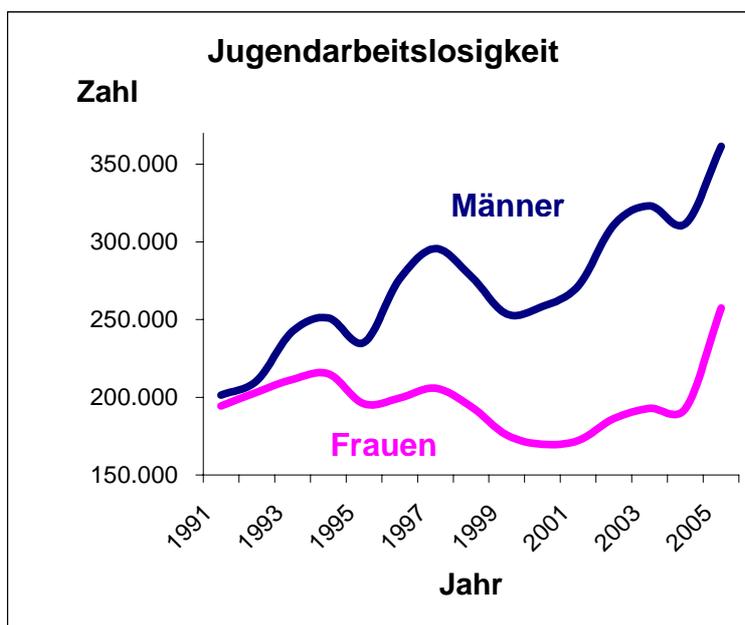
CDU/CSU + SPD + FDP + Die Linke	39
Die Grünen.....	39
Erziehende Männer/Väter -Familienpolitik	40
Der Hintergrund	40
Männer in Schule und Kindergarten	42
Vaterschaftstests	44
CDU/CSU.....	44
SPD.....	46
Die Grünen.....	47
FDP.....	48
Die Linke	48
Zusammenfassung	49
Gewerkschaften	51
Die „kleinen“ Parteien	53
10 Fragen zur Jungen- und Männerpolitik	53
Hier die Antworten der einzelnen Parteien in der Originalfassung:.....	54
Humanwirtschaftspartei.....	54
STATT PARTEI DIE UNABHÄNGIGEN.....	55
Männerpartei	55
Weitere kleine Parteien, die angeschrieben wurden:.....	58
Die Parteien im Überblick	59
Jungen und Migrantenjungen	59
Zwangsdienste.....	59
Männergesundheit	59
Väter	59
Geschlechterpolitik.....	60
Die kleinen Parteien.....	60
Ergebnis.....	61

Geschlechterpolitik der Parteien

Geschlechterpolitik allgemein:

Durch die Übernahme der Regierung durch die große schwarz-rote Koalition hat sich an der einseitigen Ausrichtung der Geschlechterpolitik nichts geändert. Weiterhin gibt es einen Frauengesundheitsbericht und eine Frauengesundheitsdatenbank, aber keinen Männergesundheitsbericht und keine Männergesundheitsdatenbank – trotz der deutlich geringeren Lebenserwartung von Männern. Die Bildungsbenachteiligung der Jungen wird auch weiterhin, acht Jahre nach der ersten PISA-Studie, von den meisten politisch Verantwortlichen ignoriert oder als „positive Diskriminierung“, d.h. als legitimes Frauenfördermittel betrachtet. Männliche Gewaltopfer bleiben ebenso ein Tabuthema wie die Minderbezahlung Teilzeit arbeitender Männer. Weibliche Genitalverstümmelung wird geächtet und bekämpft, männliche Genitalverstümmelung durch deren Tabuisierung akzeptiert und gefördert. Die Diskriminierung von Vätern im Familienrecht beschert auch heute noch Deutschland den Ruf als eines der väterfeindlichsten Länder in der EU. Junge Männer werden auch weiterhin für Zwangsdienste benutzt.

Arbeitsmarktpolitisch orientieren sich alle Parteien derzeit an der Frauenerwerbsquote. Die männliche Arbeitslosenquote war in den vergangenen Jahren höher als die weibliche. Insbesondere bei der Jugendarbeitslosigkeit ist die geschlechterspezifische Differenz zuungunsten der Männer enorm. Geschlechterspezifische Angebote bei der Arbeitslosenförderung gibt es jedoch nach wie nur für weibliche Arbeitslose.



Daten aus Bundesagentur für Arbeit - Datenstand: 11.04.2006 (DZ/AM) und frühere Daten

Auch unter schwarz-roter Regierung die Geschlechterpolitik bleibt damit das, was sie immer war – eine Subventionierungs- und Gewinnerpolitik für Mädchen und Frauen und eine Sanktionierungs- und Verliererpolitik für Jungen und Männer.

Wir haben in der vorliegenden Studie einige wichtige Kernthemen betrachtet. In diesem Beitrag wollen wir die charakteristischen Punkte der Parteien zur Berücksichtigung jungen- und männerspezifischer Belange darlegen.

Bevor wir die einzelnen Parteien allerdings betrachten, möchten wir vorab die Begriffe „Petitionsausschuss“, „Antidiskriminierungsstelle“ und „positive Diskriminierung“ erläutern.

„Positive“ Diskriminierung

Der Begriff ist ein Paradoxon. Diskriminierung ist immer ein Menschenrechtsvergehen. Ob eine Diskriminierung „positiv“ oder „negativ“ gesehen wird, hängt vom Betrachter ab. Diejenigen, die von der Diskriminierung profitieren, sehen diese natürlich als „positiv“ an. Für die Diskriminierten ist sie immer negativ.

Unter „positiver“ Diskriminierung wird in der Politik eine „sozial erwünschte“ Diskriminierung verstanden. Im Klartext heißt dies im Bereich Geschlechterpolitik heute die Diskriminierung von Jungen und Männern. Sie ist heute gängiges Mittel zur Durchsetzung frauenpolitischer Anliegen. Per Gesetz werden z.B. Männer bei der Berufswahl, behinderte Jungen und Männer in der Rehabilitation, Väter in der Beziehung zu ihren Kindern oder Jungen im Bildungsbereich bewusst benachteiligt, um nur einige wenige Beispiele zu nennen. Es ist ein Treppenwitz der Geschichte, dass ausgerechnet diejenigen, die einst ausbezogen, um eine geschlechterspezifische Diskriminierung zu bekämpfen, sich heute immer wieder neue geschlechterspezifische Diskriminierungen erdenken.

Positive Diskriminierung im Wandel der Zeit



© Bruno Carboni-Munk

Petitionsausschuss

Das Petitionsrecht ist ein Grundrecht der Bundesbürger und ein Kennzeichen von Demokratie. Die Mitglieder des Petitionsausschusses sind Parteiangehörige. Der Petitionsausschuss ist also nicht parteipolitisch unabhängig. So verwundert es nicht, dass bei Anliegen, die die Schlechterstellung von Jungen und Männern kritisieren, vom Petitionsausschuss abgelehnt werden, da in dem Ausschuss ja genau die Parteien vertreten sind, gegen deren Politik man sich wendet. Dazu drei Beispiele:

Beispiel 1

Im Jahr 2004 hatte MANNdat e.V. eine Petition zur Förderung von Jungen und männlichen Jugendlichen eingebracht. Im Jahr 2007 (also drei Jahre später!) erhielten wir eine Antwort. Von vier Punkten wurden nur zwei konkret beantwortet (Ausgrenzung von Jungen aus dem Zukunftstag; Anteil männlicher Erzieher/Grundschullehrer). Ein Punkt wurde völlig ignoriert (ungleiche Behandlung bei der Arbeitslosenunterstützung), an einem weiteren wurde vorbeigeantwortet (Ausgrenzung von Jungen aus geschlechtersensiblen Bildungsberichten). Dabei wurde auf unsere Argumente nicht ausreichend eingegangen. Statt dessen gab man die Rechtfertigungen des Bundesbildungsministeriums wieder. Als Ergebnis hat man beschlossen, die Petition dem Bundesbildungsministerium und dem Bundesjugendministerium weiterzugeben, „damit sie in die weiteren Überlegungen zur Förderung von Jungen mit einbezogen werden kann.“ Damit hat man unsere Anliegen genau an die Ministerien weitergegeben, über die wir uns in unserer Petition beschwert haben.

Beispiel 2

Im Jahr 2004 reichten wir eine Petition ein, die um eine Erfassung von mehr Daten zur Bildungs- und Lebenssituation von männlichen Migrantenjugendlichen und deren Bündelung in einer Studie ersuchte, wie dies ja umgekehrt bezüglich weiblichen Migrantenjugendlichen in der Studie „Viele Welten leben“ bereits geschehen ist. Dieses Ersuchen wurde u.a. mit dem Argument abgelehnt, dass es genügend Daten über männliche Migrantenjugendliche gäbe. Die Studie des Bundesbildungsministeri-

ums aus dem Jahr 2008 „Bildungsmisserfolge von Jungen“ hat diese Behauptung jedoch eindrucksvoll widerlegt. Darin wird die mangelnde Datenlage sogar explizit beklagt.

Beispiel 3

In Deutschland werden männliche Behinderte in §44 SGB IX gezielt auf Grund ihres Geschlechts diskriminiert – Jungen ebenso wie Männer. Durch diesen Artikel wird z.B. ausschließlich weiblichen behinderten Gewaltopfern das Recht auf einen Selbstbehauptungskurs nach ärztlicher Verschreibung als Sozialleistung in der Rehabilitation gewährt.

Eine Petition von unserer Seite, die Rehabilitationsmaßnahmen allein von der medizinischen Erfordernis und nicht vom Geschlecht der behinderten Person abhängig zu machen, wurde abgelehnt. Der Petitionsausschuss des Deutschen Bundestages sieht es als gerechtfertigt an, aus Gründen der Gleichberechtigung („positive“ Diskriminierung) behinderten Jungen und Männern durch Vorenthalten einer ärztlich für notwendig gehaltenen Maßnahme ihre Rehabilitation gezielt zu erschweren bzw. zu behindern. Eine Erklärung, worin der Gewinn für Frauen besteht, wenn behinderte oder von Behinderung bedrohte Jungen und Männer nicht oder nur langsamer rehabilitiert werden, haben wir nicht erhalten.

Allgemeines Gleichbehandlungsgesetz und Antidiskriminierungsstelle

Die Einrichtung der Antidiskriminierungsstelle des Bundes ist im Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetz vorgeschrieben. Ziel dieses Gesetzes ist u.a. Benachteiligungen auf Grund des Geschlechtes zu verhindern und zu beseitigen. Zu den wichtigsten Aufgaben der Antidiskriminierungsstelle gehört, Maßnahmen zur Verhinderung von Benachteiligungen durchzuführen.

Wie fast jede geschlechterpolitische Maßnahme gilt das Allgemeine Gleichstellungsgesetz und damit auch die Antidiskriminierungsstelle auf dem Papier objektiv für weibliche UND männliche Bürger. Mit drei Anliegen haben wir uns deshalb an die Antidiskriminierungsstelle gewandt. Alle Anliegen wurden abgelehnt.

Fall 1

Im ersten Fall ging es um die pauschale Ausgrenzung von Migrantenjungen aus integrationspolitischen Maßnahmen in Aachen. Wir legten ausführlich dar, dass man Mädchenintegrationsförderung UND Jungenintegrationsförderung gleichzeitig betreiben kann und nicht ein Geschlecht pauschal ausgrenzen muss. Zudem konnte uns die Stadt Aachen die Gründe für die Ausgrenzung von Migrantenjungen nicht plausibel darlegen. Die Antidiskriminierungsstelle meint zu der pauschalen Ausgrenzung von Migrantenjungen im vorliegenden Fall:

„Die Beurteilung von jugendpolitischen Entscheidungen einer Kommune, welche Programme oder Maßnahmen sie zur Förderung eines Geschlechtes im Rahmen der Verpflichtung des Staates anbietet, um die Gleichstellung zu fördern, kann durch die ADS nicht durchgeführt werden.“

Warum sie dies nicht können sollte, wurde nicht erwähnt. An das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz müssen sich ja auch Kommunen halten.

Fall 2

Beim zweiten Fall ging es um die oben (siehe „Petitionsausschuss“) schon erwähnte Diskriminierung männlicher Behinderter durch das Vorenthalten gesetzlicher Rehabilitationsleistungen auf Grund ihres Geschlechts. Hier vertrat die Antidiskriminierungsstelle, wie schon der Petitionsausschuss, die Auffassung, dass diese Benachteiligung im Sinne einer „positiven“ Maßnahme gerechtfertigt sei.

Worin der Gewinn für Frauen besteht, wenn behinderte oder von Behinderung bedrohte Jungen und Männer nicht oder nur langsamer rehabilitiert werden, haben wir auch von der Antidiskriminierungsstelle nicht erfahren.

Fall 3

Beim dritten Fall ging es um die Feststellung, dass Jungen bei gleichen schulischen Kompetenzen schlechtere Noten erhalten als Mädchen und bei gleichen Noten seltener an höhere Schulen empfohlen werden als Mädchen. Diese Aussage stammt übrigens u.a. auch aus einer Studie des Bundesbildungsministeriums, also der Bundesregierung selbst. Im Anwendungsbereich ist unter §2 (1) Ziffer 7 des Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetzes der Bereich „Bildung“ explizit genannt.

Wir mussten unser Anliegen dreimal vorbringen, bevor die Antidiskriminierungsstelle bereit war, uns zumindest eine telefonische Absage zu erteilen. Die Antidiskriminierungsstelle sieht sich bezüglich dieser Benachteiligung von Jungen weder in der Verantwortung noch sieht sie einen Handlungsbedarf, obwohl der Anwendungsbereich des Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetzes (Bildung) zutrifft. Unsere mehrfache Bitte, unser Anliegen schriftlich zu beantworten, auch im Hinblick darauf, Missverständnisse zu vermeiden, lehnte die Antidiskriminierungsstelle kategorisch ab.

Die Beispiele zeigen, dass das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz und die Antidiskriminierungsstelle nicht geeignet sind, die Benachteiligungsbereiche von Jungen und Männern aufzugreifen oder gar zu thematisieren, geschweige denn zu beseitigen. Wir konnten nicht erkennen, dass unsere Anliegen ernsthaft behandelt worden wären. Im Gegenteil, wir haben die Erfahrung gemacht, dass Benachteiligungen von Jungen und Männern pauschal als „positive“ Maßnahme befürwortet werden.

Die Antidiskriminierungsstelle ist im Ministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, also in dem Ministerium, das für alle außer Männer zuständig ist, angesiedelt. Allein schon diese Ansiedlung ist u.E. ein deutlicher Hinweis, dass die Belange männlicher Mitbürger wenig Chancen haben, ernsthaft hinterfragt zu werden.

Die ambivalente Einstellung der Verantwortlichen bezüglich des Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetzes wird durch ein Urteil vom Landesarbeitsgericht (LAG) Rheinland-Pfalz in Mainz, vom 20.3.2008 - Az. 2 Sa 51/08 deutlich. Danach darf ein männlicher Erzieher bei einer Bewerbung auf Grund seines Geschlechtes abgelehnt werden.

Ein Diplom-Sozialpädagoge hatte sich um eine Stelle in einem Mädcheninternat beworben. Als seine Bewerbung mit der Begründung abgelehnt wurde, es würden nur weibliche Fachkräfte eingestellt, klagte er. Das LAG sah die Diskriminierung für gerechtfertigt an. Eine Ungleichbehandlung zwischen Frau und Mann sei zulässig, wenn es dafür einen sachlichen Grund gebe. Erzieherinnen in einem Mädcheninternat kämen auch mit der Intimsphäre der Mädchen in Berührung. Ein Mann sei deshalb in dieser Position nicht tragbar.¹

Dies ist ohne Frage ein skandalöses Urteil und natürlich von grundlegender Bedeutung. Denn damit dürfen alle männlichen Erzieher dort pauschal bei der Bewerbung auf Grund ihres Geschlechtes diskriminiert werden, wo auch Mädchen betreut werden sollen. Denn auch dort ist ein Kontakt mit der Intimsphäre mit Mädchen nicht auszuschließen.

Dass in Jungeninternaten durchaus weibliche Betreuungskräfte zu finden sind, macht die Sache besonders fragwürdig. Offensichtlich wird davon ausgegangen, dass die Intimsphäre von Jungen weniger schützenswert ist als die der Mädchen. Oder ist es „lediglich“ ein Zeichen dafür, dass auch vor deutschen Gerichten die Anwendung des AGG geschlechtsspezifisch unterschiedlich gehandhabt wird und damit die geschlechtsneutrale Formulierung des Gesetzes konterkariert wird?

¹ http://www.n-tv.de/Nicht_allein_unter_Frauen_Erzieher_fuehlt_sich_diskriminiert/280720080413/1000308.html (Abruf 30.07.08)

Gender Mainstreaming

Gender Mainstreaming ist eine geschlechterpolitische Strategie der EU. Durch sie soll sichergestellt werden, dass bei ALLEN Maßnahmen der Politik oder Behörden kein Geschlecht benachteiligt werden soll. Deshalb müssen im Vorfeld ALLE Maßnahmen dahingehend geprüft werden, ob ein Geschlecht benachteiligt würde.

Was in der Theorie gut klingt, da der Ansatz geeignet scheint, auch Jungen- und Männerbelange zu berücksichtigen, versagt in der Praxis. Das ist nicht verwunderlich. Denn eine Geschlechterpolitik kann die Belange beider Geschlechter nicht berücksichtigen, wenn es nur eine Mädchen- und Frauenpolitik gibt, aber keine Jungen- und Männerpolitik.

Natürlich hat die Geschlechterpolitik frühzeitig gemerkt, dass eine konsequente Umsetzung von Gender Mainstreaming den Abschied von der Einbahnstraßenpolitik der reinen Frauenförderung darstellen würde. Deshalb hat man in der EU die sogenannte „Doppelstrategie“ konstruiert. Nach dieser „Doppelstrategie“ existieren Gender Mainstreaming und die übliche Frauenförderung unabhängig nebeneinander.

Diese „Doppelstrategie“ stellt aber nichts anderes dar als das Außerkraftsetzen von Gender Mainstreaming bezüglich dessen Notwendigkeit, auch jungen- und männerspezifische Belange berücksichtigen zu müssen. Denn nach dem Gender Mainstreaming-Ansatz müssten ja ALLE Maßnahmen auf deren Auswirkungen auf weibliche UND männliche Personen geprüft werden und nicht nur einige wenige (von der Frauenpolitik ausgewählte!) Maßnahmen.

Nicht ohne Grund wurde das Gender Mainstreaming-Hauptreferat im Frauenministerium implementiert, also genau in dem Ministerium, das für Männer nicht zuständig ist.

Allein schon, dass die Jungen heute auf der Bildungsverliererstraße sind, ohne dass die Politik etwas Ernsthaftes dagegen unternimmt, ist ein Beleg für das Totalversagen von Gender Mainstreaming.

Gender Mainstreaming wurde zur bloßen Rechtfertigung immer neuer „positiver“ Diskriminierungen degradiert. Egal ob die Bildungsbenachteiligung von Jungen, die Diskriminierung männlicher Behinderter in der Rehabilitation, die Ausgrenzung von Jungen aus Fördermaßnahmen, die zunehmende Entrechtung von Vätern, der nach wie vor existierenden Männerzwangsdienst, das geschlechtsspezifische Betätigungsverbot, die Ausgrenzung von Männer aus dem konstruktiven Gleichstellungsprozess (Männer haben i.d.R. weder ein Wahlrecht noch die Wählbarkeit in Gleichstellungsgesetzen, auch in männerunterrepräsentierten Beschäftigungsbereichen) oder das Ignorieren männerspezifischer Gesundheitsbelange, all diese „positiven“ Diskriminierungen werden mit einem einzigen Begriff legitimiert – Gender Mainstreaming.

Die Parteien im Einzelnen

CDU/CSU – Vom Jungenförderversprechen zur Jungenverliererpolitik

Noch 2005 versprach die CDU, »die Jungen mit gezielter Förderung aus dem Abseits zu holen.« Im Jahr 2007 meinte die Bundeskanzlerin Merkel dann: „Eine gezielte Jungenförderung ist allerdings keine Lösung.“ Die CDU hat also ihr Wahlversprechen gebrochen. Die Leidtragenden sind die Jungen. Das Thema wird in dieser Studie ausführlich behandelt.

Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf ist für die CDU/CSU ein großes geschlechterpolitisches Thema. Allerdings wird dies nach wie vor aus frauenpolitischem Blickwinkel betrachtet. Männerspezifische Probleme werden i.d.R. ausgeblendet. Es ist deshalb anzunehmen, dass auch zukünftig noch mehr Frauenfördermaßnahmen zu Lasten männlicher Bürger durchgeführt werden.

Die zunehmenden Bildungsprobleme von Jungen und Arbeitsmarktprobleme von aktiv erziehenden Vätern werden eher als positive Rückmeldung („Positive“ Diskriminierung) im Rahmen der Frauenförderung anstatt als zu beseitigende Probleme gesehen.

Es ist deshalb auch nicht verwunderlich, dass unter Führung von Ministerin von der Leyen deutliche Rückschritte bezüglich einer gleichberechtigten Geschlechterpolitik zu erkennen sind. Viele gute Ansätze im Hinblick auf eine echte Geschlechterdemokratie ihrer Vorgängerin Renate Schmidt (SPD) wurden wieder zurückgeschraubt. So z.B. die Studie „Gewalt gegen Männer“, die unter der Führung von Ministerin v.d. Leyen nach der Pilotphase nicht weitergeführt wird.

Ministerin von der Leyen hat auch keine Hemmungen darin, die üblichen Klischees und Vorurteile zu kolportieren. In einer Bundestagsrede zum Frauentag 2007 sagte sie - ungeachtet einer ganz anderen Faktenlage, dass "Frauen noch immer nur 77 % des männlichen Einkommens verdienen, wohlbermerkt für gleiche Arbeit". Diese Rede stand über ein Jahr unwidersprochen auf der Homepage des BMFSFJ. Inzwischen wurde die Rede, weil "in dieser Form nicht richtig und missverständlich, auch wenn sie (die Aussage) sich in den Medien oft so oder ähnlich findet" auf Hinweis von MANNdat vom Netz genommen.

SPD – Männlichkeitsfeindlichkeit als Parteigrundsatz

Die SPD ist die erste Partei, die Männlichkeitsfeindlichkeit offiziell als Parteigrundsatz festgeschrieben hat.

Mit nur zwei Gegenstimmen hat die SPD in Hamburg 2007 verabschiedet, dass nur der die menschliche Gesellschaft bewirken könne, der die männliche Gesellschaft überwinden will. Hierzu ein Zitat von Gerhardt Amendt:

„In den realitätsfernen Höhen der aus Ruinen auferstandenen Utopie vom demokratischen Sozialismus ist das ein Aufruf zum Kampf gegen die Männer, nachdem der Parteitag sie in den Status der Unmenschlichkeit gerückt hat. Früher waren es die Kapitalisten. Der Parteitagsbeschluss der SPD will, dass es zukünftig generell Männer sein sollen, weil sie das "unmenschliche" Gesellschaftssystem personifizieren.

Die Rede ist nicht mehr von einem System, sondern nur noch von den Männern, die das System sind. Solch dumpfe Personifikationen gesellschaftlicher Verhältnisse sollen wohl wieder die Massen zum Handeln bewegen. Die begriffslose Wut auf komplexer und schwieriger werdende Lebensverhältnisse hat die Partei der kleinen Leute damit auf Männer als deren Schuldige verschoben....

Machen wir uns nichts vor. Die Verteufelung geht heute wie ein böser Geist schon um. Wenn Männer entgegen aller Erkenntnis der Wissenschaft als alleinige Gewalttätige in der Partnerschaft etikettiert werden, obwohl Frauen nicht weniger gewalttätig sind und auch ihre Kinder nicht weniger schlagen als Männer, dann sind das beunruhigende Zeichen einer um sich greifenden Misandrie, eben Chiffren wuchernder Männerfeindlichkeit. Das SPD-Programm geht nicht nur zurück zur Utopie des demokratischen Sozialismus, sondern es gräbt petrifizierte Reste einer äußerst feindseligen Feminismusvariante aus, die längst passé ist.

Eines ist wirklich schwer zu verstehen: Wie kann man als Mann Mitglied einer Partei der erklärten Männerabwertung sein?²

Die SPD befürwortet die Einführung einer Frauenquote auch im privaten Berufsbereich.

Die SPD plädiert für ein „Kinderwahlrecht“. Wenn man allerdings nachfragt, wie dieses „Kinderwahlrecht“ denn aussehen soll, dann stellt sich heraus, dass es gar kein Kinderwahlrecht ist, denn Kinder sollen nicht wählen. Wählen sollen statt dessen die Eltern. Derjenige Elternteil, der das Sorgerecht hat, soll zusätzlich Wählerstimmen erhalten. Wenn man das väterdiskriminierende Sorgerecht (das Sorgerecht unverheirateter Väter ist in Deutschland vom Willen und Unwillen der Mutter abhängig!) und die Sorgerechtsprechung (in Sorgerechtsprozessen wird nahezu vollständig das alleinige Sorgerecht den Müttern zugestanden) beachtet, wird damit der Wählerstimmenanteil der weiblichen Bevölkerung gegenüber dem Wählerstimmenanteil der männlichen Bevölkerung erheblich steigen. Was also als Kinderrecht daher kommt, entpuppt sich bei näherem Hinsehen als Zensuswahlrecht für Frauen.

Die Grünen – Mit Frauenstatut zur Männersteuer

Die Grünen waren die erste Partei, die mit einem Frauenstatut die Benachteiligung männlicher Parteimitglieder zum Grundsatz ihrer Geschlechterpolitik machte. Damit wird u.a. gewährleistet, dass mind. 50% der Führungspositionen von weiblichen Mitgliedern besetzt werden (Mindestparität). Umgekehrt ist es nicht notwendig, dass auch mind. 50% der Führungspositionen mit männlichen Mitgliedern besetzt sind, sogar reine Frauenlisten sind möglich. Zudem besteht mit dem Frauenveto das Recht der weiblichen Mitgliedern, eine Entscheidung zu blockieren: Missfällt einer Frau das diskutierte Thema (gleichgültig ob geschlechtersensitiv oder nicht), kann sie dieses Frauenveto beantragen. Daraufhin müssen alle Männer sofort die Versammlung verlassen; die Frauen entscheiden anschließend alleine, ob über das betreffende Thema weiter diskutiert wird oder nicht – ohne Widerspruchsrecht der männlichen Mitglieder und ohne ihnen dasselbe Recht zuzugestehen.

So verwundert es auch nicht, dass die Grünen eine Männersteuer einführen wollen, also eine Steuer, die Menschen zu bezahlen haben, wenn sie mit männlichen Geschlechtsteilen geboren wurden.³

Die Grünen befürworten die Einführung einer Frauenquote auch im privaten Berufsbereich.

Positiv ist anzumerken, dass die Grünen als erste Partei auf Bundesebene Männergesundheit und ein gemeinsames Sorgerecht auch für unverheiratete Partner zumindest ansatzweise thematisierten.

² www.welt.de/welt_print/article1334664/Maennerfeindlich.html Abruf 08.08.08

³ <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/0,1518,487687,00.html> Abruf 11.06.07

FDP – in Siebenmeilenschritten zur Frauenförderpolitik

Bei der letzten Bundestagswahl haben relativ viele Männer die FDP gewählt. Sie galt vielen männlichen Wählern als eine der wenigen Parteien, die nicht nur ihren Focus auf die weiblichen Wähler, auf Kosten der Männer, gerichtet hat. Prompt hat die FDP die männlichen Wähler dafür bestraft. Seit 2006 ist der Blickwinkel der Politik frauenspezifisch ausgerichtet.

Noch 2005 legte die FDP auf Anfrage von MANNdat dar:

„Bei der Gleichstellung geht es nicht nur um Frauen, sondern um die Stellung von Frau und Mann zueinander auf der Grundlage gleicher Rechte, Pflichten und Chancen in allen Lebensbereichen. Nicht nur Frauen haben ein Recht, ohne Diskriminierung Führungs- und Entscheidungspositionen einzunehmen, auch Männern müssen Chancen zur Erweiterung ihres Rollenspektrums gegeben werden durch Abbau von Vorurteilen beispielsweise hinsichtlich der erweiterten oder ausschließlichen Familientätigkeit eines Mannes. (BT-Drs. 15/5032)..... Männer empfinden ebenfalls zunehmend die schwere Vereinbarkeit von Vater- und Berufspflichten als persönliches Dilemma. Die Politik sollte daher die gesellschaftliche Akzeptanz der Vaterrolle fördern, so dass für die Männer eine Verbindung von Familie und Beruf attraktiver wird.“⁴

Diese schwere Vereinbarkeitsproblematik der Väter ist der FDP nunmehr in der politischen Praxis nicht mehr wichtig. Mit ihren Anträgen (16/832) und (16/4737) aus 2007 fordert die FDP im Bundestag dazu auf, die Gleichberechtigung von Frauen am Arbeitsmarkt zu fördern, Frauen als Unternehmerinnen bei der Existenzgründung zu unterstützen und an die Tarifparteien zu appellieren, sich für flexible Arbeitszeiten einzusetzen, damit Familien- und Erwerbsphase besser vereinbar werden. Die Vereinbarkeitsprobleme der Väter spielen keine Rolle mehr. Damit kann man keine Frauenstimmen gewinnen und Väter interessieren offensichtlich nicht.

Deshalb will die FDP auch verstärkt mit gezielten Kampagnen Frauen werben⁵. Der FDP ist der Anteil männlicher Mitglieder und Wähler offenbar zu hoch.

Entsprechend misandrisch gibt sich die FDP derweil bei geschlechterpolitischen Themen. So legte z.B. Vizechefin Cornelia Pieper in einem Bunte-Interview ihr Männerbild dar. Sie sieht Männer als „unfertig“, als „halbe Wesen“, weil sie nach Frau Piepers Weltbild in der Evolution von den Frauen überholt worden seien. Frau Pieper hat damit klargestellt, was die FDP meinte, als sie „die Stellung von Frau und Mann zueinander auf der Grundlage gleicher Rechte, Pflichten und Chancen in allen Lebensbereichen“ sagte – die gleichen männerfeindlichen Allgemeinplätze aller anderer Parteien.

Und natürlich reicht die Frauenförderung wie in allen anderen Parteien auch in die Jugendpolitik und manifestiert sich in einer Politik der gezielten und systematischen Jungenausgrenzung.

Die FDP hat sich Anfang 2007 in einer großen Anfrage⁶ in über 80 Fragen erkundigt nach der Situation weiblicher Migrantinnen, nach Projekten, die deren Bildungschancen erhöhen und ihre Integration in den Arbeitsmarkt verbessern sollen. Die Klientel der größten Bildungsverlierer, die männlichen Migrantinnenjugendlichen, hat aber auch die FDP einfach unter den Tisch gekehrt. 2005 schrieb und die FDP auf unsere Anfrage zur Jungenförderung noch:

„...Besonderes Augenmerk ist auf eine gender-sensible Pädagogik zu legen, die auf die unterschiedlichen Lernweisen und Interessen von Mädchen und Jungen adäquat eingeht. So sollen Jungen beispielsweise besser in ihren sprachlichen und sozialen Fähigkeiten und Mädchen in ihren naturwis-

⁴ Auszug aus der Antwort der FDP vom 04.07.2005 an MANNdat e.V.

⁵ <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/0,1518,461397,00.html>

⁶ <http://dip.bundestag.de/btd/16/042/1604242.pdf>

senschaftlichen Fähigkeiten gefördert werden.’ (Positionspapier „Familie und Kinder: Ein Weg in die Zukunft“)⁷

Auf unsere Kritik bezüglich des gebrochenen Wahlversprechens hat Dirk Niebel von der FDP mit Schreiben vom 02. März 2007 geantwortet:

„Angesichts der - wie auch von Ihnen dargestellt - verschiedenen geschlechtsspezifischen Bedürfnisse von Mädchen und Jungen bedarf es unserer Ansicht nach jedoch einer Differenzierung im Rahmen der politischen Debatte.“

Die FDP liefert also wie alle anderen Parteien dort nur pauschales Zeitgeisterede, wo es einer echten konkreten Antwort bedarf. Ob die FDP auch noch andere „Differenzierungen“ außer dem bloßen Weglassen jungenspezifischer Belange parat hat, blieb uns Herr Niebel in seiner Antwort schuldig.

Wie die SPD plädiert auch die FDP für ein „Kinderwahlrecht“, was sich auf Grund des väterdiskriminierenden Sorgerechts in der Praxis als Zensuswahlrecht für Frauen mit Kindern entpuppt. Siehe hierzu die Ausführungen zur SPD.

Die Linke – Feminismus und Doppelmoral

Deutliche Worte zur Geschlechterpolitik findet die Partei der „Erklärung des Parteivorstandes zur Frauen- und Gleichstellungspolitik“ vom 25.02.2008⁸

„DIE LINKE versteht sich als eine Partei mit einem feministischen Anspruch.“

Das Männerbild beschränkt sich auf die üblichen feministischen Dogmen:

„Die Gleichstellungspolitik der Partei DIE LINKE hat auch Männer im Blick. Dabei geht es zum Einen darum, dass Männer auf Privilegien verzichten. Andererseits können auch Männer von gewandelten Vorstellungen von Männlichkeit und Partnerschaft jenseits der traditionellen Arbeitsteilung profitieren, sich entfalten und ihre Wünsche nach einer aktiven Vaterschaft ausleben.“

Auch die Linke besitzt ein Frauenförderinstrument analog des Frauenstatuts der Grünen. Anstatt Frauenveto heißt es bei den Linken jedoch Frauenplenum und kann einberufen werden, wenn zu irgendeinem Thema ein Viertel der anwesenden, stimmberechtigten Frauen das wünscht. Bei den Linken werden ebenfalls die Listen mindestens zu 50% mit Frauen besetzt (Mindestparität), obwohl der Frauenanteil in der Partei deutlich niedriger ist und damit die Chancengleichheit – für die diese Partei angeblich auch streitet – zum Nachteil der männlichen Parteimitglieder aushebelt. Können die Frauenplätze nicht besetzt werden, müssen sie – offiziell nach Bundesstatut §10 (4) – unbesetzt bleiben. Nur wenn der Frauenanteil unter einem Viertel liegt, können bei Kreis- und Ortsverbänden Ausnahmen beschlossen werden. Reine Frauenlisten sind ebenfalls möglich. Dasselbe Recht wird Männern selbstverständlich nicht zugestanden.

Hier verstößt die Linke gegen ihre eigene Bundessatzung. Dort steht in §9 (1) nämlich:

„Die Förderung der Gleichstellung der Mitglieder und die Verhinderung jeglicher Art von Diskriminierung bilden ein Grundprinzip des politischen Wirkens der Partei. Jeder direkten oder indirekten Diskriminierung oder Ausgrenzung ist durch alle Parteimitglieder entschieden zu begegnen.“

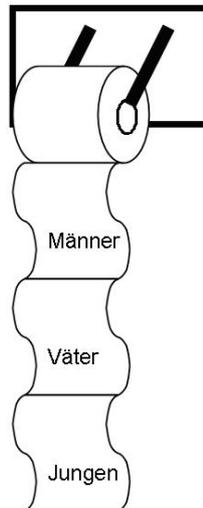
⁷ Schreiben der FDP, Frau Ina Lenke, vom 04. Juli 2005 an MANNdat e.V.)

⁸ <http://www.die-linke.de/index.php?id=1640>

Auch bei häuslicher Gewalt gehen die Linken von dem genauso einfachen wie falschem Schema Mann=Täter, Frau=Opfer aus, obwohl die Partei in der Berliner PKS nachlesen könnten, dass in ihrer Hochburg Berlin immerhin 28,4% der Opfer häuslicher Gewalt männlich sind.

Doch die Partei geht noch einen Schritt weiter: Nicht nur männliche Gewaltopfer werden bei häuslicher Gewalt ausgeblendet sondern auch Jungen, wie die Pressemitteilung „Keine Gewalt gegen Frauen und Mädchen“⁹ verdeutlicht.

Stellenwert der Jungen- und Männerpolitik in den Parteien



© Bruno Carboni-Munk 2008

⁹ [http://www.die-linke.de/index.php?id=251&tx_ttnews\[tt_news\]=938&tx_ttnews\[backPid\]=35&no_cache=1](http://www.die-linke.de/index.php?id=251&tx_ttnews[tt_news]=938&tx_ttnews[backPid]=35&no_cache=1)

Jungen und Bildung

Hintergrund

Jungen weisen häufiger Entwicklungsverzögerungen auf und haben häufiger chronische Krankheiten sowie grob- und feinmotorische und sprachliche Beeinträchtigungen als Mädchen.¹⁰ 82 bis 95 Prozent der ADHS-Therapierten sind Jungen.¹¹

Fast ein Viertel der männlichen Migrantenjugendlichen verließ 2003 die Schule ohne einen Abschluss.¹² 68 Prozent der „Schulschwänzer“ und 60 Prozent der Kinder, die bei der Einschulung zurückgestellt werden, sind Jungen. Jungen leiden zweieinhalb Mal häufiger unter Lese-Rechtschreibschwäche.¹³ In allen Bundesländern betrug der Jungenanteil in Sonderschulen in den Jahren 2004/2005 über 60 Prozent.¹⁴

Schulabbrecher

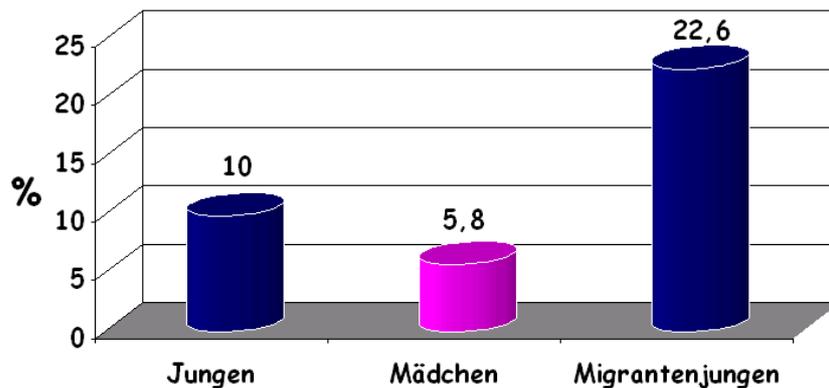


Abb.1 Schulabbrecherquoten¹⁵

In Abb.2 ist der Anteil männlicher Schüler in Gymnasien dargestellt. Man erkennt, dass Jungen heute mit 43% deutlich unterrepräsentiert sind. Aus der Graphik ist auch der deutlich negative Trend zu erkennen.

¹⁰ Kultusministerium (2007): Antwort des Kultusministers Rau aus Baden-Württemberg vom 08. September 2007 an den Landtagspräsidenten, Az. 22-8411.2/172/1 bezüglich der Kleinen Anfrage der CDU-Abgeordneten Andrea Krüger u.a. zur Chancengleichheit in der Grundschule, Drucksache 1416/82

¹¹ Guggenbühl, A. (2006): Kleine Machos in der Krise. Originalausgabe. Freiburg im Breisgau: Herder, S. 34

¹² Statistisches Bundesamt (2004) Fachserie 11, Reihe 1; vgl. auch Studie „Viele Welten leben“ 2004, herausgegeben vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend

¹³ Bentheim, A./Murphy-Witt M. (2007): Was Jungen brauchen. 1. Auflage. München: Gräfe und Unzer, S. 47

¹⁴ Statistisches Bundesamt (2006): Statistisches Jahrbuch. pdf-Version, S. 130

¹⁵ Datenquelle: Statistisches Bundesamt, Fachserie 11, Reihe 1; vgl. auch Studie „Viele Welten leben“ 2004, BMFSFJ

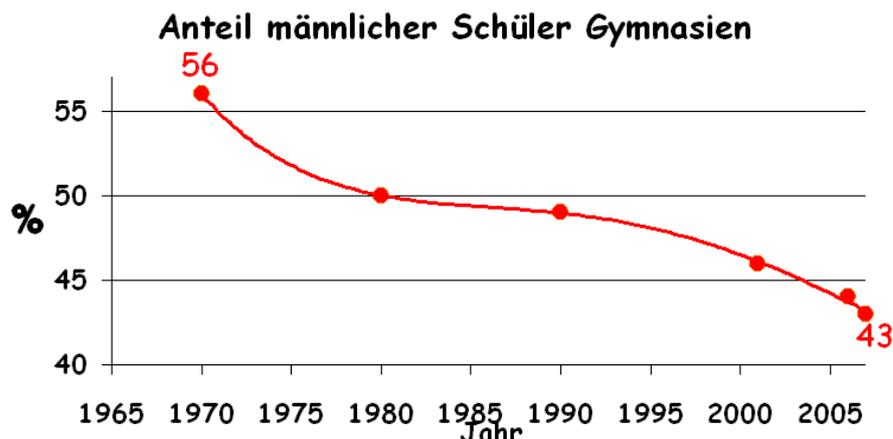


Abb.2: Verlauf Jungenquote in Gymnasien¹⁶

Die nachfolgende Tabelle 1 gibt die deutschen und ausländischen Schulabsolventen nach Schulart und Geschlecht im Jahr 2003 in % wieder:

Abschluss	Jungen (o.M.)	Mädchen (o.M.)	Migranten-jungen	Migranten-mädchen
Ohne	10,0%	5,8%	22,6%	15,4%
Haupt-schule	27,9%	21,0%	42,6%	40,4%
Realschule	39,8%	43,4%	26,4%	32,1%
Gymnasien	22,3%	29,8%	8,5%	12,1%

o.M. = ohne Migrationshintergrund

Tab.1: Datenquelle: Statistisches Bundesamt, Fachserie 11, Reihe 1; vgl. auch Studie „Viele Welten leben“ 2004, BMFSFJ

„Die Leistungsschwäche der Jungen im Bereich Lesekompetenz stellt in Deutschland wie auch in den meisten anderen OECD Staaten ein gravierendes Problem dar, [...] und in der mathematischen Grundbildung ist der durchschnittliche Vorsprung der Jungen offenbar nur auf die herausragenden Leistungen einiger zurückzuführen.“¹⁷

„Die OECD erklärte im Sommer die Leseförderung der Jungen weltweit zu einem vorrangigen Ziel von Bildung.“¹⁸

Die nachfolgende Abbildung zeigt die ärztlichen Befunde bei Schulanfängern in Baden-Württemberg im Jahr 2005¹⁹ für wichtige schulische Kompetenzen.

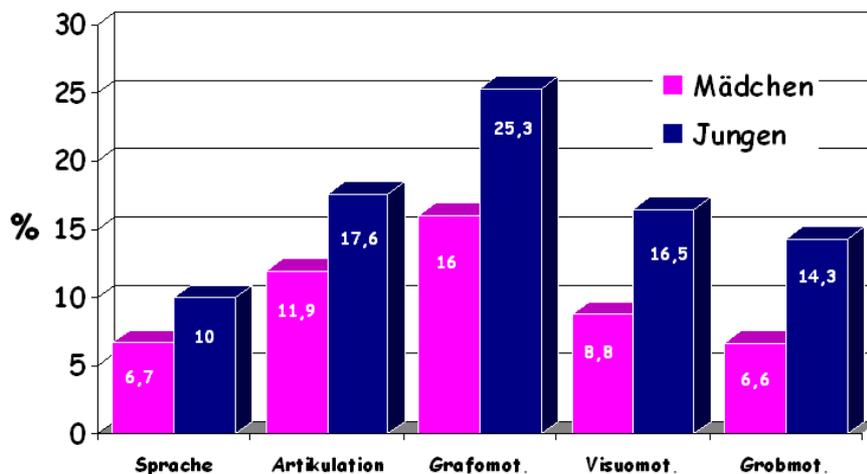
¹⁶ Daten aus „Bildungsmisserfolge von Jungen“ S. 9 + BMBF Grund- und Strukturdaten 2005 + Ulf Preuss-Lausitz in Psychologie Heute, November 2006, S. 68 „Arme Kerle“+ Dr. Waltraut Cornelißen in Interview in „Brigitte“ 19/2007 S. 111

¹⁷ OECD (2001): DRAFT BRIEFING NOTE – GERMANY, S 6 www.gew.de/Binaries/Binary6390/oecd-schl.pdf (Abruf 20. Juli 2007)

¹⁸ Gaile, D. (2005): „Wiesbadener Proklamation zum Lesen“ in „Alle Mann ans Buch, In: Gläser, E./Franke-Zöllmer G. (Hrsg.): Lesekompetenz fördern von Anfang an., 1.Auflage. Baltmannsweiler: Schneider Verlag Hohengehren 2005, S 117

¹⁹ Daten aus Antwort auf Antrag Abg. Andrea Krüger u.a. CDU 18.09.07 Drucksache 14/1682

Ärztliche Befunde bei Schulanfängern in BW 2005



Defizite

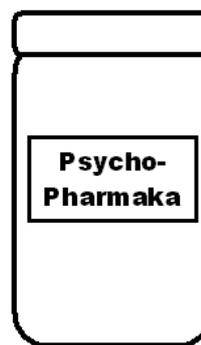
Ärztliche Befunde bei Schulanfängern in Baden-Württemberg im Jahr 2005 (Sprache = Sprachfähigkeit; Artikulation = Artikulationsvermögen; Grafomot. =Grafomotorik; Visuomot. = Visuomotorik; Grobmot. = Grobmotorik)

Deutlich ist erkennbar, dass Jungen in allen schulischen Kompetenzbereichen höhere Defizitbefunde aufweisen als Mädchen. Es ist schon lange bekannt, dass Jungen sich in den Bereichen Motorik und Sprachfähigkeit tendenziell langsamer entwickeln als Mädchen.

In der Altersgruppe bis 25 Jahren waren Männer im Jahr 2005 um 40 Prozent häufiger von Arbeitslosigkeit betroffen als Frauen.²⁰ 2005 erwarben 9 Prozent Männer weniger als zehn Jahre zuvor einen Studienabschluss, in der Fächergruppe Ingenieurwissenschaften sogar 32 Prozent weniger.²¹ Wir betonen, dass es sich hierbei nicht um Relativwerte handelt sondern um Absolutwerte, also nicht durch eine Anstieg des Frauenanteils begründet sind.

Aufgrund dieser Befunde kann heute ein schlechteres Bildungsniveau von Jungen gegenüber Mädchen konstatiert werden. Es ist deshalb gerechtfertigt, Jungen als die Benachteiligten und die Verlierer des derzeitigen Bildungssystems und der derzeitigen Bildungs- und Arbeitsmarktpolitik zu bezeichnen.

Der Befund geht sogar noch weiter. „Jungen in der vierten Grundschulklasse erhalten bei gleicher Leistung in Deutsch und Sachkunde oft schlechtere Noten als Mädchen. Das geht aus dem dritten Band der ‚Internationalen Grundschul-Lese-Untersuchung‘ (Iglu) zum Leseverständnis von Viertkläßlern hervor[...]“.²² Und auch der Bildungsbericht „Bildungs(miss)erfolge von Jungen“ des Bundesbildungsministerium aus dem Jahr 2007 legte dar, dass Jungen bei gleichen Kompetenzen schlechter benotet werden als Mädchen. Hier liegt also eine unmittelbare Diskriminierung von Jungen vor.



Jungenförderung in Deutschland

© Bruno Carboni-Munich

²⁰ Planque, M./ Kolf, I. (2006): In: DGB-Bundesvorstand (Hrsg.): Jugendarbeitslosigkeit: Ein ungelöstes Problem in Deutschland. Berlin: Print Network GmbH, S 8

²¹ Statistisches Bundesamt: Immer weniger Studienabschlüsse von Männern Pressemitteilung vom 31. Oktober 2006 www.destatis.de (Abruf vom 1.11.06)

²² Die Welt (2005): Iglu-Studie: Jungen werden in der Grundschule benachteiligt, Pressemeldung 08. November 2005, www.welt.de/print-welt/article176401/Iglu-Studie_Jungen_werden_in_der_Grundschule_benachteiligt.html (Abruf 01.12.05)

Trotzdem besteht ein eklatantes Missverhältnis von Jungenförderung zu Mädchenförderung. Eine Ursachenerforschung für die unmittelbare Diskriminierung von Jungen in der Schule gibt es nicht.

Wie stehen die einzelnen Parteien zur Jungenbildungsförderung?

CDU/CSU

Das Bundesbildungsministerium hat 2008 unter CDU-Führung einen Bericht „Bildungs(miss)erfolge von Jungen und Berufswahlverhalten bei Jungen/männlichen Jugendlichen“²³ herausgegeben. Obwohl in diesem auch erhebliche Defizite von Seiten der Bundesregierung eingeräumt werden (z.B. mangelnde Studien und Untersuchungen zur Bildungssituation von Jungen), legt die Pressemeldung des Landeselternausschusses in Berlin vom 29.05.08 bezüglich einer Veranstaltung zum Thema Jungen und Bildung dar:

„Der Landeselternausschuss nimmt mit Bedauern zu Kenntnis, dass in Vorbereitung auf diese Veranstaltung aus dem Referat „Chancengerechtigkeit in Bildung und Forschung“ des BMBF unmissverständlich mitgeteilt wurde, dass weitere Untersuchungen zur Chancengleichheit von Jungen nicht erwünscht sind und eine Teilnahme an Veranstaltungen die Jungen betreffen kategorisch abgelehnt werden.“²⁴

Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion startete als Oppositionspartei im Mai 2004 eine Kleine Anfrage mit dem Titel »Verbesserung der Zukunftsperspektiven für Jungen« (BT-Drs. 15/3516). Nach Meinung der CDU zeigte die Antwort der damaligen rot-grünen Bundesregierung (BT-Drs. 15/3607), „dass die Bundesregierung kein Gesamtkonzept zur geschlechtsspezifischen Förderung der Jungen hat.“ Deshalb versprach die CDU, »die Jungen mit gezielter Förderung aus dem Abseits zu holen.“ Die CDU stünde „in den Startlöchern, um nach der Regierungsübernahme [ihre] Ideen endlich umsetzen zu können.“²⁵ Es waren große Worte, die die CDU/CSU seinerzeit äußerte. Wie sich herausstellte waren es auch hohle Worte. Denn jetzt, als Regierungspartei, lehnt die CDU gezielte Jungenförderung ab. So meint das Bundeskanzleramt:

„Tatsächlich ist Gleichberechtigung an den Schulen Realität, weshalb Mädchen aufgrund ihres Entwicklungsvorsprungs, größeren Fleißes und höherer Lernmotivation im Vorteil sind. Eine gezielte Jungenförderung ist allerdings keine Lösung.“²⁶

Diese Aussage ist fragwürdig, nicht nur weil die pauschale Unterstellung, Jungen seien weniger fleißig, jungendiskriminierend ist und einfach den Jungen die Schuld selbst zuschiebt. Schulen, die auf mädchentypische Belange ausgerichtet sind, benachteiligen Jungen, auch wenn sie diese gleich behandeln würden.

Außerdem wurden die früheren schlechteren Leistungen der Mädchen im Bereich Mathematik und Naturwissenschaften nicht zuletzt durch eine gezielte Mädchenförderung beseitigt.²⁷

Zudem stellten die IGLU-Studie 2005 und die Studie „Bildungs(miss)erfolge“ fest, dass Jungen in allen Fächern bei gleichen schulischen Kompetenzen schlechtere Noten bekommen (s.o.). Weiterhin müssen zur Umsetzung von Artikel 3 des Grundgesetzes nicht nur die unmittelbaren, sondern auch die mittelbaren Benachteiligungen beseitigt werden. Danach und im Sinne eines Gender Mainstreaming müssten die Jungen benachteiligenden Rahmenbedingungen durch die signifikant verzögerte

²³ Bundesbildungsministerium für Bildung und Forschung; Autor Dr. Jürgen Budde; Bonn, Berlin 2008

²⁴ PM des Landeselternausschusses Berlin vom 29.05.08; URL: <http://bildungsklick.de/pm/60631/themenabend-bildungschancen-von-jungen/> Pressemeldung von: Landeselternausschuss Berlin (LEA Berlin), Abruf 08.07.08

²⁵ Stellungnahme der CDU vom 28. Juli 2005 von Michaela Noll zur MANNd-Analyse „Männerpolitik der Parteien – eine Analyse“

²⁶ Antwort auf „Männerbenachteiligung begegnen“ www.direktzurkanzlerin.de/beitrag-2545.html (Abruf vom 13. Juli 2007)

²⁷ Benthem, A./Murphy-Witt M. (2007): Was Jungen brauchen. 1. Auflage. München: Gräfe und Unzer, S. 47

Entwicklung im Bereich Motorik und Sprachfähigkeit durch gezielte Fördermaßnahmen ausgeglichen werden. Dies wird jedoch von der Politik bislang abgelehnt. Gleichberechtigung für Jungen existiert also nicht.

Zur fehlenden Chancengleichheit für Jungen beim Bildungsniveau meint Bundesjugendministerin von der Leyen (CDU): „*Ich finde es nicht schlimm, dass Mädchen in Sachen Bildung an den Jungen vorbeiziehen.*“²⁸ Die Politik der Chancengleichheit endet exakt dort, wo die Benachteiligung der Jungen beginnt.

Aber das Zitat geht noch weiter und Frau von der Leyen setzt noch eins drauf: "*Wenn es den Mädchen schlechter gehen würde, krähe kein Hahn danach*".

Wie kommt Ministerin von der Leyen als Jugendministerin nach 30 Jahren intensiver Mädchenförderung mit Mädchenzukunftstag, Mädchenwerkstätten, Frauenuniversitäten, Frauenstudiengängen, Frauenseminaren, Frauen- und Gleichstellungsbeauftragten, Frauen- und Mädchenpolitik, Frauenministerien, Mädchenstudien, Mädchencafés, Mädialen (= Kulturveranstaltungen nur für Mädchen), Mentorinnenprogrammen, Mädchenspielplätzen, Mädchenbeauftragten, Mädchen-Techniktagen, Ladies-Weekends, Mädchen IT-Offensiven - um nur einige wenige zu nennen - auf so eine Aussage? Es ist unwahrscheinlich, dass sie diese Entwicklung nicht mitbekommen hat. In dieser Aussage steckt offensichtlich ein politisches Programm. Es zeigt deutlich, dass unter Ministerin von der Leyen eine sachliche und objektive Auseinandersetzung mit diesem Thema nicht stattfinden wird. Sachliche Argumentation wird statt dessen mit einem Griff in die Mottenkiste des Geschlechterkriegsdenkens der 80er Jahre ersetzt.

Auch unter der CDU-Führung führt das Bundesbildungsministerium ausschließlich Frauen- und Mädchenförderprogramme und kein einziges Jungenförderprogramm durch.

Als MANNdat 2007 beim Statistischen Bundesamt Zahlen zu den Schulabschlüssen von Jungen erbeten hat, wurden zwei Tabellen zugesendet, die Gesamtdaten und die Mädchendaten, mit dem Kommentar: „*Die Daten von Jungen werden bei uns nicht in der Regel gesondert nachgewiesen, [...]*“²⁹

Das mangelnde Interesse der Politik an der Bildungssituation von Jungen erkennt man häufig auch an der Bildungsberichterstattung. So sind z.B. im 23-seitigen Bericht »OECD-Veröffentlichung ‚Bildung auf einen Blick‘ Wesentliche Aussagen in der Ausgabe 2006« zwar Ausführungen zum Bildungsniveau und der Bildungsbeteiligung von jungen Frauen zu finden. Die Bildungssituation von Jungen wird jedoch nicht erwähnt.³⁰

Statt dessen setzt die CDU mehr auf verschärftes Strafrecht gegen Jugendliche, wie es im Wahlkampf der CDU in Hessen im Jahr 2008 geschehen ist. Dort wurde von CDU-Kandidat Koch sogar für die Anwendung des Strafrechts auf Kinder unter 14 Jahren plädiert.

Im Gegensatz zur Bundespolitik sind einige positive Ansätze für eine Jungenbildungsförderung auf Länderebene zu finden. In Baden-Württemberg wurde z.B. 2006 ein Jungenleseprojekt »Kicken und Lesen« durchgeführt. In Niedersachsen gab es ein Vater-Jungen-Leseprojekt. In Niedersachsen und Brandenburg gilt der Zukunftstag auf Landesebene für Mädchen UND Jungen. In Baden-

²⁸ Emanzipation der Männer noch weit zurück, Interview von Ministerin von der Leyen mit der Berliner Zeitung 29.09.2006, www.bundesregierung.de/Content/DE/Interview/2006/09/2006-09-29-interview-von-der-leyen-berliner-zeitung.layoutVariant=Druckansicht.html (Abruf 01.11.06)

²⁹ unveröffentlichte Rückantwort von Destatis vom 10.01.2007

³⁰ OECD-Veröffentlichung „Bildung auf einen Blick“ – Wesentliche Aussagen in der Ausgabe 2006, www.bmbf.de/pub/bildung_auf_einen_blick_06_wesentliche_aussagen.pdf (Abruf 19. Juli 2007)

Württemberg fand ein Gespräch zwischen Staatssekretär Wacker (Kultusministerium) und MANNdat e.V. statt

SPD

Von der rot-grünen Regierung wurde 2001 bundesweit ein Zukunftstag eingeführt, der von Beginn an Jungen ausgrenzte. Erst 2005 wurde das Projekt »Neue Wege für Jungs« (NWfJ) eingeführt. Das Projekt NWfJ ist weder finanziell noch personell auch nur annähernd vergleichbar mit Mädchen- oder Frauenförderprojekten. Zudem ist das Projekt keine Bildungsfördermaßnahme. Das kann man schon allein daran erkennen, dass das Bundesbildungsministerium zwar das Girls-Day-Projekt, das Projekt NWfJ jedoch nicht unterstützt. Das Projekt NWfJ ist ein Sozialisationsprojekt. Das Problem dieser Sozialisationsarbeit ist, dass es jungentypische Verhaltensweisen grundsätzlich als defizitär ansieht. Damit wird natürlich ein negatives Jungenbild kolportiert, was zu einem nachweislich negativen Jungenbild führt.

Weitere Infos zur Thematik „Jungen und Bildung“ können Sie aus dem obigen Abschnitt CDU entnehmen, dort wo die SPD als Regierungspartei Mitverantwortung trägt.

Auf Landesebene fällt Frau Erdsiek-Rave (SPD) als Bildungsministerin von Schleswig-Holstein positiv auf, die ein erstes bundesweites Gespräch von Bildungspolitikern/innen und Fachleuten initiierte, das sich mit dem Thema Jungenleseförderung auseinandersetzt.

FDP

Initiativen zu einer Jungenbildungsförderung von der FDP sind uns nicht bekannt. Im Bereich der Migrant*innen beschränkt sich die FDP ausschließlich auf die Förderung von Migrant*innenmädchen. Siehe hierzu auch den Beitrag „Migrant*innenjungen und Politik“.

In NRW setzt sich der Jugendbeauftragte der Landesregierung, Christian Lindner (FDP), für eine bessere Berücksichtigung jungenspezifischer Belange ein.

Die Grünen

Auf Bundesebene ist eine gezielte Bildungsförderung von Jungen bislang kein Thema. Von der rot-grünen Regierung wurde 2001 bundesweit ein Zukunftstag eingeführt, der von Beginn an Jungen ausgrenzte.

Auf Landesebene tut sich aber vor allem Renate Rastätter als Abgeordnete des Landtags in Baden-Württemberg positiv für eine Bildungsförderung von Jungen hervor.

Die Linke

Initiativen zu einer Jungenbildungsförderung von der Linken sind uns nicht bekannt. Lediglich der Zusammenhang zwischen dem Bildungserfolg der Kinder und der sozialen Stellung ihrer Eltern wird thematisiert. Berlin, an dessen Regierung die Linken beteiligt sind, gehört zu den Schlusslichtern der Bildungsförderung von Jungen.

Zusammenfassung

Auch acht Jahre nach der ersten PISA-Studie bleibt Bildungs- und Jugendpolitik eine Jungenverliererpolitik. Das Bundesbildungsministerium und das Bundesjugendministerium, beide sehr stark auch im Bereich Mädchenspezifischer Bildungsförderung engagiert, sehen sich für Jungenförderung im Bildungsbereich nicht verantwortlich. Die CDU hat ihr Wahlversprechen, Jungen stärker fördern zu wollen, gebrochen. Selbst im Bereich der Jungenleseförderung, das die PISA-Studie schon 2000 als eine große bildungspolitische Herausforderung formulierte, sind die bisherigen bildungspolitischen Maßnahmen unzureichend bzw. überhaupt nicht vorhanden.

Das Hauptproblem: Die Ursachen für die Benachteiligungen von Jungen werden von offiziellen Stellen nicht erforscht, da diese die Schuldigen der Problematik schon auserkoren haben - die Jungen selber. Die politisch Verantwortlichen sind zu einer kritischen Selbstreflexion ihrer 30-jährigen Politik der einseitigen Mädchenförderung bei gleichzeitiger Vernachlässigung der Jungen nicht fähig oder willens.

Jungen sind Kinder, und was aus Kindern wird, dafür sind wir Erwachsene verantwortlich. Die Glaubwürdigkeit von Geschlechterpolitik wird sich dran messen lassen müssen, inwieweit sie bereit ist, sich auch den Benachteiligungen von Jungen zu stellen. Davon ist man in Deutschland aber noch weit entfernt.

Die derzeitige schwarz-rote Bundesregierung verharmlost die Bildungssituation von Jungen und hat die von rot-grün implementierte Politik der Jungenausgrenzung mittlerweile etabliert und ausgebaut. Selbst Studien des Bundesbildungsministeriums selbst belegen, dass Jungen bei gleichen schulischen Kompetenzen schlechtere Noten erhalten und bei gleichen Noten seltener an höhere Schulen empfohlen werden. Maßnahmen gegen diese Ungleichbehandlung sind vom Bundesbildungsministerium nicht beabsichtigt. Nicht einmal eine Erforschung der Ursachen für diese empirischen Befunde wird in Erwägung gezogen. Die Antidiskriminierungsstelle sieht bezüglich dieser Benachteiligung von Jungen keinen Handlungsbedarf.

Jungen bleiben bei Fördermaßnahmen oftmals auf der Strecke oder werden mit minderwertigen Maßnahmen abgespeist. So kann es sein, dass Jungen allen Ernstes Bügel- und Waschkurse als „coole“ und zukunftsweisende Tätigkeiten verkauft werden, also exakt die Tätigkeiten, die umgekehrt als Beleg für die Benachteiligung der Frau dienen.

Im Gegensatz zur Bundespolitik sind einige positive Ansätze für eine Jungenbildungsförderung auf Länderebene zu finden. Sehen Sie hierzu auch unsere Studie „Berücksichtigung jungenspezifischer Belange in den für Bildung zuständigen Ministerien in Deutschland 2008“ von MANNdat e.V. (abrufbar unter www.manndat.de). Dabei ist festzustellen, dass es in keiner der Parteien eine Jungenpolitik gibt.

Die Benachteiligung von Männern setzt sich im Hochschulbereich fort. So waren Frauen bei Bewerbungen auf Professorenstellen mit einem Anteil von 20,5% vertreten. Bei den Ernennungen stellten sie jedoch 25,6 %.³¹

Erst langsam sind einzelne Politikerinnen und Politiker bereit bei der Bildungsproblematik von Jungen zuzuhören. Das derzeitige Interesse der Bundespolitik am Thema Bildung muss man jedoch zumindest teilweise auf die Bundestagswahl im kommenden Jahr zurückführen. Die Bundespolitik betonte schon oft genug, dass sie die Schulbildung nichts angehe.

³¹ (http://www.academics.de/wissenschaft/wer_beruft_professorinnen_30737.html, Abruf 8.07.08).

Migrantenjungen

Der Hintergrund

Schon die erste PISA-Studie im Jahr 2000 hat gezeigt, dass Jugendliche mit Migrationshintergrund die größten Bildungsprobleme in Deutschland aufweisen. Die Ergebnisse der neuen PISA-Studie 2006 bestätigen diese Ergebnisse.

Die folgende Tabelle gibt die Schulabsolventen nach Schulart und Geschlecht im Jahr 2003 wieder:

Abschluss	Jungen (o.M.)	Mädchen (o.M.)	Migranten-jungen	Migranten-mädchen
Ohne	10,0%	5,8%	22,6%	15,4%
Hauptschule	27,9%	21,0%	42,6%	40,4%
Realschule	39,8%	43,4%	26,4%	32,1%
Gymnasien	22,3%	29,8%	8,5%	12,1%

o.M. = ohne Migrationshintergrund

Datenquelle: Statistisches Bundesamt, Fachserie 11, Reihe 1; vgl. auch Studie „Viele Welten leben“ 2004, BMFSFJ

Die Tabelle zeigt: Migrantenjungen und männliche Migrantenjugendliche sind die größten Bildungsverlierer in Deutschland. Bei den Migrantenjungen erreichen alarmierende zwei Drittel keinen Schulabschluss über Hauptschulniveau. Fast ein Viertel der männlichen Migrantenjugendlichen in Deutschland verlässt die Schule ohne Abschluss.

Wie geht die Integrationspolitik von Bund und Ländern auf die problematische Bildungssituation von Migrantenjungen ein?

Jungen ausgrenzende Integrationspolitik

Schon im Jahr 2004 wurde unter der rot-grünen Bundesregierung von der Bundesjugendministerin Renate Schmidt (SPD) und der Migrantenbeauftragten Marieluise Beck (Die Grünen) eine Studie „Viele Welten leben“ herausgegeben, die ausschließlich die geschlechterspezifischen Bildungs- und Integrationsprobleme von weiblichen Migrantenjugendlichen und –kindern beleuchtet. ("Viele Welten leben - Lebenslagen von jungen Frauen mit griechischem, italienischem, jugoslawischem, türkischem und Aussiedlerhintergrund")

Befragt wurden von November 2001 bis März 2002 insgesamt 950 Mädchen und unverheiratete Frauen im Alter von 15 bis 21 Jahren mit Migrationshintergrund.

Die Untersuchung wurde im Auftrag des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend von Prof. Dr. Ursula Boos-Nünning (Universität Duisburg/Essen) und Frau Prof. Dr. Yasemin Karagasoglu (Universität Bremen) durchgeführt.

Untersucht wurden u.a.:

- Lebenssituation der älteren alleinstehenden Migrantinnen
- Mädchen mit Migrationshintergrund und sportliches Engagement ³²

³² aus <http://www.bmfsfj.de/Kategorien/Forschungsnetz/forschungsberichte.did=22566.html> Abruf vom 02.11.2007

Obwohl männliche Migrantenjugendliche die größten Bildungsverlierer darstellen, blieben sie bei der geschlechtsspezifischen Betrachtung unberücksichtigt.

Interessant ist, dass die Tabelle zur Bildungssituation von Migrantenjungen und –mädchen, die auf Seite 2 unter „Der Hintergrund“ dargestellt ist, aus dieser Studie „Viele Welten leben“ stammt. Das heißt, man hat Migrantenjungen, deren schlechtere Bildungssituation deutlich vor Augen, bewusst ignoriert.

Im Jahr 2004 hat MANNdat e.V. bezüglich dieses Verstoßes gegen Gender Mainstreaming, also der Geschlechterpolitik, die angeblich auch jugendspezifische Belange berücksichtigen soll, Beschwerde beim Petitionsausschuss eingelegt. Diese Beschwerde wurde abgelehnt, da es auch Studien gäbe, die sich mit männlichen Migrantenjugendlichen beschäftigten.³³ Die nach Anfrage beim Bundesjugendministerium zugesendete Liste der Studien zeigte, dass darin keine einzige Studie war, die von ministerieller Seite in Auftrag gegeben wurde. Der Unterschied zwischen einer politisch initiierten Studie und einer „nur“ wissenschaftlich motivierten Studie ist erheblich. Bei der wissenschaftlich initiierten Studie steht die wissenschaftliche Erkenntnis im Vordergrund. Eine politisch initiierte Studie signalisiert aber auch, dass zu diesem Thema politisch etwas getan werden soll.

MANNdat befürchtete deshalb, dass sich die Geschlechtersensibilität der Integrationspolitik wieder ausschließlich im bloßen Weglassen von Jungen und Männern erschöpft.

Die Befürchtungen von MANNdat haben sich bestätigt, denn 2006 gab es unter der nun schwarz-roten Bundesregierung beim Integrationsgipfel sechs Arbeitsgruppen. Darunter eine Arbeitsgruppe mit geschlechterpolitischem Ansatz, und diese beschränkte sich ausschließlich auf Frauen und Mädchen: „Lebenssituation von Frauen und Mädchen verbessern, Gleichberechtigung verwirklichen.“ Federführend für die AG war das Bundesjustizministerium.³⁴

Die Studie "Bildungs(Miss)erfolge von Jungen und Berufswahlverhalten bei Jungen/männlichen Jugendlichen" des Bundesbildungsministeriums die im Dezember 2007 veröffentlicht wurde³⁵, zeigte übrigens, dass die Aussage des Bundesjugendministeriums und des Petitionsausschusses so nicht korrekt war. Auf Seite 24 wird ausdrücklich dargelegt, dass sich der soziale Aufstieg von jungen Männern mit Migrationshintergrund schwieriger erweist als der junger Frauen mit Migrationshintergrund, ohne dass zu den Gründen aktuelle Studien vorliegen würden. Auf Seite 31 steht unter "Zentrale Herausforderungen":

"Es fehlen Studien über die Selbstsicht von Jungen mit Migrationshintergrund, Selbst- und Re-Ethnisierungen sowie die Orientierungsfunktion migrantischer Männlichkeit in unterprivilegierten Gesellschaftsschichten."

Dies zeigt auch, wie oberflächlich Petitionen behandelt und mit unkorrekten Aussagen abgelehnt werden, die sich mit der Berücksichtigung jugendspezifischer Belange befassen.

Jungen und Integrationspolitik heute

Auf Grund dieser konsequenten Ausgrenzung von jungen- und männerspezifischen Belangen durch alle Parteien beschränkt sich das Thema Geschlechtersensibilität im nationalen Integrationsplan, herausgegeben 2007, im gleichnamigen Kapitel auf den Passus „Lebenssituation von Frauen und Mädchen verbessern, Gleichberechtigung verwirklichen.“ Dies bedeutet, dass von der ersten Studie

³³ <http://www.manndat.de/index.php?id=169>

³⁴ <http://www.bundesregierung.de/Content/DE/Artikel/2007/03/2007-03-23-ib-arbeitsgruppe-4.html>; Abruf vom 03.11.07

³⁵ <http://www.bmbf.de/pub/Bildungsmisserfolg.pdf>, Abruf vom 23.12.07

bis zum fertigen nationalen Integrationsplan jungenspezifische Belange aus der geschlechtersensiblen Komponente der Integrationspolitik konsequent und durchgängig ausgeblendet wurden.

Diese Politik wurde während der deutschen Ratspräsidentschaft auch noch auf EU-Ebene manifestiert. Eine entsprechende Erklärung unterzeichneten Bundesfamilienministerin Ursula von der Leyen (CDU) und die Vertreter der nachfolgenden Präsidentschaftsländer Portugal und Slowenien vor dem EU-Familienministerrat 2007 in Bad Pyrmont. Nach dieser Erklärung sollen u.a. eingewanderte Frauen in allen Bereichen gefördert werden - »insbesondere in der Beschäftigung und in Bildung und Ausbildung«. Eine Förderung der männlichen Migrantenjungen blieb, wie schon auf nationaler Ebene, unerwähnt.

Diese Jungen ausgrenzende Integrationspolitik setzt sich sukzessive mittlerweile bis auf die Länder-ebene und kommunale Ebene fort.

So werden z.B. in Aachen beim sogenannten "Ladies-Weekend" etwa 30 Veranstaltungen speziell für Mädchen und weibliche Jugendliche, insbesondere auch mit Migrationshintergrund, durchgeführt. Ziel ist es, die Integration von Mädchen und weiblichen Migrantinnen zu fördern. Weshalb es nicht auch Veranstaltungen gibt, die die Integration von Migrantinnen oder männlichen Migrantinnen fördern, ist nicht nachvollziehbar. Eine geschlechterspezifische Integrationsförderung ist sicher sinnvoll, hätte aber im Sinne einer Politik des „Gender Mainstreaming“ Jungen nicht ausgrenzen dürfen. Und es hätte durchaus auch Möglichkeiten gegeben, die Integration geschlechterspezifisch zu fördern, ohne Jungen pauschal auszublenden.

Diese fehlende Berücksichtigung von Jungen widerspricht zudem dem Aachener Kinder- und Jugendhilfeplan, nach dem es zu wenig jungenspezifische Fördermaßnahmen gibt:

„Die geschlechtsspezifische Jungen- und Mädchenarbeit nach § 9 III SGB VIII basiert auf der Grundlage des Ansatzes „gender mainstreaming“...

b) Jungenarbeit

In Aachen gibt es nur wenige Einrichtungen, die eine parteiliche und reflektierte Jungenarbeit realisieren. Seit einigen Jahren entwickelt sich mit der Initiative „Aachener Boys Day“ ein Jungentag, wobei Jungen u.a. an „mädchenbesetzte“ Arbeitsfelder herangeführt werden.

Bewertung

In Aachen ist die Mädchenarbeit traditionell stärker etabliert als die Jungenarbeit. Dies zeigt sich schon in der personellen Ausstattung (Gleichstellungsbeauftragte für die Mädchenarbeit) und die mädchenrelevanten Gremien. Dies ist sicherlich darin begründet, dass es eine asymmetrische Entwicklung der Mädchen- und Jungenarbeit gegeben hat. Somit gibt es derzeit noch kein Gremium, dass sich jungenrelevanten Themen annimmt.

Maßnahmen

Jugendhilfe sollte Angebote beinhalten, die eine parteiliche und reflektierende Mädchenarbeit wie Jungenarbeit ermöglichen. Dies soll zu einer geschlechtsbezogenen Identität und einer selbstbestimmten und partnerschaftlichen Lebensführung führen.

*Angebote für Mädchen und junge Frauen sowie für Jungen und junge Männer müssen als gleichwertige Angebote begriffen und dargestellt werden. Erfolgreiches Arbeiten wird demnach nur im Rahmen einer kooperativen Vernetzung beider Bereiche möglich sein.*³⁶

Bezeichnend für diese Tabuisierung jungenspezifischer Integrationsprobleme in der Integrationspolitik ist, dass diese einseitige Veranstaltung vom Integrationsminister von NRW, Armin Laschet (CDU), gefördert wird. Für Migrant*innen gibt es keine spezielle Integrationsförderung. Damit wird auch das Kinder- und Jugendhilfegesetz zur Farce.

Die Antidiskriminierungsstelle meint zu der pauschalen Ausgrenzung von Migrant*innen im vorliegenden Fall:

„Die Beurteilung von jugendpolitischen Entscheidungen einer Kommune, welche Programme oder Maßnahmen sie zur Förderung eines Geschlechtes im Rahmen der Verpflichtung des Staates anbietet, um die Gleichstellung zu fördern, kann durch die ADS nicht durchgeführt werden. Die Begründung der Gemeinde und deren Ausführungen zu Gender Mainstreaming sind nachvollziehbar.“

Eine Begründung wurde uns weder von der Gemeinde noch von der Antidiskriminierungsstelle mitgeteilt.

Die Sozialministerin von Baden-Württemberg, Frau Stolz (CDU), fordert in einer Pressemeldung die Förderung und Wahrnehmung der Potenziale von Migrant*innen.³⁷ In der Pressemeldung heißt es:

"Die Datenlage hinsichtlich der Lebenssituation von Mädchen und Frauen mit Migrationshintergrund sei verbesserungsfähig...Die Ministerin sprach sich in diesem Zusammenhang auch für eine Grundlagenforschung zur Lebenssituation von Mädchen und Frauen mit Migrationshintergrund. Hierzu könnten vor allem auch der Integrationspolitik gesicherte Handlungsgrundlagen und -empfehlungen gegeben werden."

Aber es gibt auch ein erhebliches Defizit in jungen- und männerspezifischen Migrant*innenstudien, wie auch die neue Studie des Bundesbildungsministeriums belegt. Auf diese Problematik geht die Ministerin in der o.g. Pressemeldung nicht ein. Mittlerweile wurde die einseitige Berufsförderung von weiblichen Migrant*innen in Baden-Württemberg umgesetzt.

Wie stehen die Parteien auf Bundesebene sonst noch zur Berücksichtigung jungen- und männerspezifischer Anliegen in der Integrationspolitik?

CDU

Laut Pressemitteilung der CDU/CSU-Fraktion vom 4. Juli 2007 erklären anlässlich eines Expertengesprächs der CDU/CSU-Bundestagsfraktion der Vorsitzende der Fraktions-Arbeitsgruppe "Integration", Hartmut Koschyk MdB, die Beauftragte der Bundesregierung für Integration, Maria Böhmer MdB, und die Vorsitzende der Gruppe der Frauen der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Ursula Heinen MdB, die Situation von Migrant*innen verbessern zu wollen. Von der Verbesserung der Situation männlicher Migrant*innen reden sie nicht.

Dabei startete die CDU/CSU-Bundestagsfraktion noch als Oppositionspartei im Mai 2004 eine Kleine Anfrage mit dem Titel „Verbesserung der Zukunftsperspektiven für Jungen“ (BTDRs. 15/3516). Nach

³⁶ Jugendhilfeplan der Stadt Aachen, S.20

³⁷ Pressemeldung des Ministeriums für Arbeit und Soziales Baden-Württemberg vom 07.09.07 „Arbeits- und Sozialministerin Dr. Monika Stolz: Potenziale von Migrant*innen stärker wahrnehmen und fördern“

Meinung der CDU zeigte die Antwort der damaligen rot-grünen Bundesregierung (BT-Drs. 15/3607), „dass die Bundesregierung kein Gesamtkonzept zur geschlechtsspezifischen Förderung der Jungen hat.“ Deshalb versprach die CDU, „die Jungen mit gezielter Förderung aus dem Abseits zu holen.“ Die CDU stünde „in den Startlöchern, um nach der Regierungsübernahme [ihre] Ideen endlich umsetzen zu können.“³⁸

Die „gezielte“ Jungenförderung hat sich also nicht nur als inhaltsloses Wahlversprechen entpuppt. Vielmehr dehnt sie die Politik der Jungenausgrenzung auch auf ihre Integrationspolitik aus und setzt statt dessen auf Erziehungslager (Bootcamps nach amerikanischem Vorbild) und Verschärfung des Jugendstrafrechts.³⁹ Die Bootcamps in den USA zeichnen sich dadurch aus, dass straffällige Jugendliche durch harten Drill, Beschämung und Erniedrigung erzogen werden sollen. Eine Einrichtung, die äußerst umstritten ist.

SPD

Die SPD formuliert im Jahr 2006 in ihrer Integrationspolitik: „Insbesondere Migrantinnen müssen gefördert, unterstützt und geschützt werden.“ Und weiter: „Der besonderen Situation jugendlicher Migrantinnen in Schule und bei Freizeitangeboten muss Rechnung getragen werden.“⁴⁰

Eine der größten Parteien in Deutschland, die sich sogar noch sozialdemokratisch bezeichnet, schreibt also in ihrem Parteiprogramm die nachrangige Berücksichtigung der größten Bildungsverlierer in Deutschland, die Migrantenjungen, ausdrücklich fest.

Die Grünen

Bei den Grünen gibt es unterschiedliche Positionen. Während z.B. die ehemalige Migrantenbeauftragte Marieluise Beck mitverantwortlich ist für die Nichtberücksichtigung jungenspezifischer Belange in der Eingangsstudie zur Migrantinnenpolitik „Viele Welten leben“, sieht Omid Nouripour die jungenspezifischen Integrationsprobleme durchaus als wichtiges Thema.⁴¹

In Baden-Württemberg setzt sich die grüne Landtagsabgeordnete Renate Rastätter für die stärkere Berücksichtigung jungenspezifischer Belange in der Bildungspolitik und im Bildungswesen ein.

FDP

Die FDP hat sich Anfang 2007 in einer großen Anfrage in über 80 Fragen erkundigt nach der Situation weiblicher Migranten und nach Projekten, die deren Bildungschancen erhöhen und ihre Integration in den Arbeitsmarkt verbessern sollen.⁴² Die Gruppe mit den größten Bildungsproblemen, die männlichen Migrantenjugendlichen, hat aber auch die FDP einfach unter den Tisch gekehrt.

Auf eine Anfrage im Bundestagswahlkampf 2005 hat uns die FDP noch geantwortet:

„Dass die FDP Geschlechterpolitik nicht nur als Frauenpolitik begreift, haben wir beispielsweise im Antrag BT-Drs. 15/5032 zum Ausdruck gebracht: Gender Mainstreaming sollte die gesamte Politik als Prozess zur Qualitätsentwicklung prägen. Durch die Ausrichtung aller gesellschaftlichen Vorhaben an

³⁸ Stellungnahme der CDU vom 28. Juli 2005 von Michaela Noll zur MANNdat-Analyse „Männerpolitik der Parteien – eine Analyse

³⁹ <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/0,1518,526018,00.html> Abruf 05.01.08 und

http://www.welt.de/politik/article1518062/Merkel_fuer_Warnarrest_und_Erziehungscamps.html Abruf 05.01.08

⁴⁰ http://www.spdfrak.de/cnt/rs/rs_dok/0,,38111,00.html; Abruf 03.11.07

⁴¹ http://www.gruene-partei.de/cms/themen_mitgliederzeitschrift/dok/68/68831.jung_maennlich_migrant_verlierer.htm

⁴² <http://dip.bundestag.de/btd/16/042/1604242.pdf>

den Lebensrealitäten und Interessen beider Geschlechter wird die Wirksamkeit von politischen und verwaltungstechnischen Maßnahmen erhöht....

...Besonderes Augenmerk ist auf eine gender-sensible Pädagogik zu legen, die auf die unterschiedlichen Lernweisen und Interessen von Mädchen und Jungen adäquat eingeht. So sollen Jungen beispielsweise besser in ihren sprachlichen und sozialen Fähigkeiten und Mädchen in ihren naturwissenschaftlichen Fähigkeiten gefördert werden.' (Positionspapier „Familie und Kinder: Ein Weg in die Zukunft“)⁴³

Auf unsere Kritik bezüglich des gebrochenen Wahlversprechens hat Dirk Niebel von der FDP mit Schreiben vom 02. März 2007 geantwortet:

„Angesichts der - wie auch von Ihnen dargestellt - verschiedenen geschlechtsspezifischen Bedürfnisse von Mädchen und Jungen bedarf es unserer Ansicht nach jedoch einer Differenzierung im Rahmen der politischen Debatte.“

Ob die FDP auch noch andere „Differenzierungen“ außer dem bloßen Weglassen jungenspezifischer Belange parat hat, blieb uns Herr Niebel in seiner Antwort schuldig.

Die Linke

Die Linke fordert ein kommunales Wahlrecht für Migranten und Migrantinnen und kritisieren die Forderung nach Verschärfung des Strafrechts. Initiativen der Linken zur Förderung von Migrantenjungen als die Gruppe mit der in Deutschland schlechtesten Bildungsbeteiligung ist uns nichts bekannt.

Zusammenfassung

Die größten Bildungsverlierer, die Migrantenjungen, werden von ALLEN Parteien geschlechterpolitisch aus ihrer Integrationspolitik gezielt und systematisch ausgegrenzt oder nachrangig berücksichtigt. Es gibt wohl kaum ein Thema, bei dem die Parteien so übereinstimmen wie beim Ignorieren jungenspezifischer Bildungsbelange.

Von der ersten Studie vom Jahr 2004 bis zum fertigen nationalen Integrationsplan im Jahr 2007, sowie fortgesetzt bei Fördermaßnahmen auf kommunaler und Landesebene, beschränkt sich die Geschlechtersensibilität im Jugendbereich nach wie vor nahezu ausschließlich auf Mädchen und weibliche Migrantenjugendliche.

Gerade in der Integrationspolitik erfährt damit die Politik der Jungenausgrenzung, wie wir sie seit dem Zukunftstag eindrucksvoll kennen gelernt haben, eine Renaissance, obwohl sie im Zeitalter der Chancengleichheit eigentlich der Vergangenheit angehören sollte.

Damit wurde schon im Vorfeld einer beabsichtigten Bildungsinitiative, die die Bildungsbenachteiligung von sozial schwachen Kindern oder Kindern mit Migrationshintergrund beseitigen soll, dafür Sorge getragen, dass das geschlechterspezifische Bildungsgefälle zuungunsten der Jungen erhalten bleibt.

Die rigorose Ausgrenzung von Jungen aus der geschlechtersensiblen Komponente der Integrationspolitik und aus konkreten Fördermaßnahmen liefert damit erneut deutliche Hinweise, dass die Bildungsbenachteiligung von Jungen im Sinne einer „positiven“ Diskriminierung von einem erheblichen Anteil der Politikerinnen und Politiker als legitimes Frauenfördermittel gesehen wird.

⁴³ Schreiben der FDP, Frau Ina Lenke, vom 04. Juli 2005 an MANNdat e.V.

Gender Mainstreaming, also die Geschlechterpolitik, die ursprünglich auch jungen- und mÄnnerspezifische Belange hatte berÜcksichtigen wollen, wird seinem Anspruch nicht gerecht. Vielmehr wird Gender Mainstreaming als pauschale Rechtfertigung für immer neue Ausgrenzungen von Jungen instrumentalisiert. Einmal mehr entpuppen sich die Willensbekundungen der politisch Verantwortlichen, die Bildungsprobleme von Jungen stärker ins Blickfeld zu nehmen, als bloÙe Sonntagsreden. In der Praxis bleibt Geschlechterpolitik im Jugendbereich vorrangig beim bloÙen Weglassen von Jungen.

Zudem gibt es eine Vielzahl von Privilegien für weibliche Soldatinnen, die ihren männlichen Kameraden nicht zugestanden werden. Z.B. wird von staatlicher Seite starker Einfluss auf das Erscheinungsbild von Männern genommen. Weibliche Soldaten z.B. dürfen langes Haar tragen. Das bedeutet, dass kurze Haare weder dienstlich noch militärisch erforderlich sind, denn sonst müssten auch Rekrutinnen auf lange Haare verzichten. Trotzdem dürfen männliche Soldaten keine langen Haare tragen. Das heißt, junge Männer müssen ihre Haare schneiden lassen, weil sich der Staat das Recht herausnimmt, zu bestimmen, wie ein „echter“ Mann auszusehen hat. Deutlicher kann man das rückständige Männerbild in Deutschland nicht mehr demonstrieren.

Im Koalitionsvertrag zwischen CDU und SPD haben sich beide für den Erhalt der Männerwehrgeschichte ausgesprochen. Dort heißt es zwar „Allgemeine Wehrgeschichte“. Dies ist jedoch unwahr, dass es nur eine reine Männerwehrgeschichte ist.

Weiterhin steht im Koalitionsvertrag zu den Zwangsdiensten:

*"Der Zivildienst bleibt als Ersatz zum Wehrdienst bestehen. Ausgehend von der großen sozialpolitischen Bedeutung des Zivildienstes (unter anderem im Bereich der Behindertenarbeit) und aus jugendpolitischer Sicht ist der Zivildienst nicht zuletzt wegen der Vermittlung von Schlüsselqualifikationen als wichtiges Lernfeld für die jungen Männer unbedingt erhaltenswert...." Eine allgemeine Dienstpflicht für junge Männer und Frauen wird abgelehnt. Durchführung und Dauer des Zivildienstes richten sich auch in Zukunft nach den für die Wehrgeschichte geltenden Regelungen. Es soll geprüft werden, ob eine weitere Verbesserung der Wehr- und Einberufungsgerechtigkeit und der Planungssicherheit für alle Beteiligten des Zivildienstes ermöglicht werden kann."*⁴⁴

Diese Aussagen zeigen, entgegen beliebig vieler anders lautender Ausreden, weshalb in Deutschland die Abschaffung der Wehrgeschichte nicht vorgesehen ist: Man braucht die jungen Männer als Arbeitskräfte bei Militär und vor allem im sozialen Bereich und zwar zu einem Entgelt, für das die Bezeichnung Lohndiskriminierung noch reine Schönfärberei ist.

Ein Kuriosum ist, dass für die Zivildienstleistenden das Frauenministerium (!!)

 zuständig ist. Das ist ein deutlicher Mangel an der Fürsorgepflicht für die männlichen Zivildienstleistenden.

Wie stehen die einzelnen Parteien derzeit zum Männerzwangsdienst?

CDU/CSU

Die CDU ist für den Erhalt der Männerzwangsdienstkultur ohne Wenn und Aber. Verteidigungsminister Franz Josef Jung will sogar mehr junge Männer zum Grundwehrdienst einberufen.⁴⁵

Die CDU lehnt allerdings einen Zwangsdienst für Männer UND Frauen ab.

Die CSU will die Männerzwangsdienste noch ausbauen:

*„...Die CSU will eine "sicherheitspolitisch begründete Dienstpflicht" für Männer einführen, die diese auch bei Polizeieinheiten oder im Katastrophenschutz der Bundesländer ableisten können. ... Die jungen Männer sollten einheitlich drei Monate Grundausbildung sowie sechs Monate "Praxiszeit" leisten, diese sei dann aufteilbar auf Übungen und Wochenenddienste. ..."*⁴⁶

⁴⁴ <http://koalitionsvertrag.spd.de/servlet/PB/menu/1645803/index.html> Abruf 31.12.07

⁴⁵ <http://www.tagesschau.de/aktuell/meldungen/0,1185,OID6423468,00.html> Abruf 18. Februar 2007

⁴⁶ <http://www.n-tv.de/856267.html> Abruf 23. September 2007

Im Februar besuchten Bundeskanzlerin Merkel und die Frauenministerin von der Leyen eine Zivildienstschule. Auf die Anfrage nach einer fehlenden Gleichberechtigung, weil nur Männer Zwangsdienste leisten müssen, meinte die Kanzlerin, dass die existierende Dienstpflicht keine Benachteiligung darstelle, denn «die faktische Lebensrealität» bringe später ausgleichend mit sich, dass Frauen in der Familienphase zugunsten der Kinder kürzer träten. Dass diese Argumentation ausgerechnet von einer kinderlosen Regierungschefin kommt (und in Anbetracht von rund 40% ebenfalls kinderlosen Akademikerinnen !), lässt die Aussage äußert zynisch klingen.⁴⁷

Kurios: Ministerin von der Leyen meinte noch am 12.04.2006 in einer Verlautbarung ihres Ministeriums „Wir werden diese vaterlose Gesellschaft nicht weiter leben können“ zu einem anderen Thema: „Das hat etwas Verlogenes. Es kann nicht sein, dass ein- und dieselbe Tatsache von Frauen verlangt und von Männern als unmöglich angesehen wird. Das ist auch eine Frage der Glaubwürdigkeit einer Gesellschaft.“

Da können wir Frau von der Leyen nur zustimmen. Das ist genauso verlogen, wie wenn Politiker/innen ein- und dieselbe Tatsache von Männern verlangen und bei Frauen als unmöglich sehen – z.B. die Zwangsdienste.

Fazit: CDU/CSU ist für den Beibehalt der Männerzwangsdienstkultur. Es sind sogar Bestrebungen im Gange, mehr Zwangsdienste für Männer als bisher zu etablieren.

SPD

Während sich die SPD noch in der Koalitionsverhandlung für den Beibehalt der Männerwehrpflicht aussprach, will sie nun einen anderen Weg gehen. Man will zum Dienst in den Streitkräften künftig nur noch diejenigen einberufen, die sich zuvor bereit erklärt haben, den Dienst in der Bundeswehr leisten zu wollen. Die Wehrpflicht soll allerdings formal weiter im Grundgesetz verankert bleiben. So würden auch künftig alle jungen Männer gemustert. Auf diesem Weg könnte man notfalls auf mehr Wehrpflichtige zurückgreifen, sollten nicht genügend freiwillige Bewerber zur Verfügung stehen.⁴⁸

Es stellt sich auch die Frage, warum die SPD gerade jetzt erst diesen Weg gehen möchte, nachdem sie sieben Jahre lang an der Regierung war mit einer Partei, die sich für eine Abschaffung der Wehrpflicht einsetzte. Die Ernsthaftigkeit dieses Vorschlags bleibt deshalb fragwürdig.

Bei der SPD machen sich vor allem die Jungsozialisten für eine Abschaffung der Wehrpflicht stark.⁴⁹ Die älteren Parteimitglieder sind eher für den Beibehalt der Männerzwangsdienstkultur.

Fazit: Die Wehrpflicht soll beibehalten werden, aber nur für diejenigen, die Wehrdienst leisten wollen, außer wenn es nicht genügend Freiwillige gibt – eine „freiwillige Wehrpflicht“. Also ein bisschen abschaffen, ein bisschen beibehalten. Das ist ohne Frage ein sehr seltsames Konstrukt. Es bleibt also Skepsis bei dem Vorschlag.

FDP

Die FDP hat sich schon in der letzten Legislaturperiode für eine Aussetzung der Wehrpflicht ausgesprochen. Dabei ist sie geblieben.⁵⁰ Allerdings hat der verteidigungspolitische Sprecher der FDP, Günther Friedrich Nolting, schon bei der letzten Bundestagswahl klargestellt, dass die Abschaffung der Wehrpflicht für die FDP ‚kein Kernthema‘ künftiger Koalitionsverhandlungen sei. Als Kompromiss

⁴⁷ <http://www.nealine.de/news/print/1937738079.html> Abruf 08.04.08

⁴⁸ Tagesthemen http://www.tagesschau.de/aktuell/meldungen/0,,OID7305392_REF1_00.html Abruf: 17.08.2007 20:45 Uhr

⁴⁹ <http://www.wehrpflicht-abschaffen.de/index.php?seite=organisationen> Abruf 31.12.07

⁵⁰ Tagesthemen http://www.tagesschau.de/aktuell/meldungen/0,,OID7305392_REF1_00.html Abruf: 17.08.2007 20:45 Uhr)

mit der Union könne der FDP-Vorschlag dienen, statt Wehrpflichtiger künftig 30.000 freiwillig ‚Kurzzeitdienende‘ neben Berufs- und Zeitsoldaten bis zu zwei Jahren in die Kasernen zu rufen.⁵¹

Auch die FDP lehnt eine Gleichberechtigung bei der Wehrverfassung für Männer UND Frauen ab.⁵²

Fazit: Die FDP ist grundsätzlich für eine Aussetzung der Männerwehrplicht, würde auf diese Forderung aber für eine Regierungsbeteiligung verzichten.

Die Grünen

Die Grünen sind für die Abschaffung der Wehrplicht. Allerdings hat die Partei an Glaubwürdigkeit eingebüßt, als sie während ihrer sieben Jahre Mitregierung mit der SPD das Thema schleifen ließ, ja sogar gegen Anträge der FDP zur Aussetzung der Männerwehrplicht stimmte. Zitat des Pressedienstes des Deutschen Bundestages, Berlin: Mi, 24.03.2004:

„Berlin: (hib/BOB) Einen Antrag (15/1357), in dem die FDP verlangte, die Bundesregierung solle "unverzüglich" den Beschluss fassen, die Wehrplicht auszusetzen, hat der Verteidigungsausschuss am Mittwoch mit den Stimmen von SPD, CDU/CSU und Bündnis 90/Die Grünen abgelehnt.“

Hier haben die Grünen ihren Standpunkt zugunsten des Machttriebes (Koalition mit SPD) aufgegeben.

Fazit: Die Grünen sind für eine Abschaffung der Wehrplicht, allerdings diesbezüglich äußerst unzuverlässig. Das Thema ist bei den Grünen nur nachrangig von Bedeutung. Sie würden wahrscheinlich mitziehen, wenn eine der großen Parteien die Männerwehrplicht abschaffen wollte, scheint aber als Initiatorin für die Abschaffung der Wehrplicht weniger geeignet.

Die Linke

Die Linke setzt sich nach eigenem Bekunden für die Abschaffung der Wehrplicht und die Einrichtung einer Freiwilligenarmee ein.

„Wir fordern...Die Abschaffung der Wehrplicht und die Einführung einer Berufs- und Freiwilligenarmee, die auf 100.000 Personen beschränkt wird.“⁵³

und

„Ich fordere die Bundesregierung auf, endlich die Wehrplicht abzuschaffen. Dieser Zwangsdienst ist mit einem modernen demokratischen Verständnis des Staatsbürgers nicht vereinbar. Das Wehrplichtsystem stellt nicht nur grundsätzlich einen schwerwiegenden Eingriff in die Lebensplanung der jungen Staatsbürger dar, sondern trifft die Jugendlichen dank der herrschenden Wehrungerechtigkeit auch in einem willkürlichen Maß.“ (Paul Schäfer, Die Linke)⁵⁴

Von einer Abschaffung des Zivildienstzwangs ist jedoch nicht die Rede.

Fazit: Für Abschaffung der Wehrplicht. Dies ist aber kein vorrangiges Thema der Linken. Unklar ist, ob die Linke ebenso wie die Grünen in der rot-grünen Koalition diese Position zugunsten einer Koalition mit der SPD aufgeben würden.

⁵¹ <http://www.n-tv.de/539926.html> Abruf 31.12.2007

⁵² <http://www.liberales-frauen-nds.de/presse.html#120903> Abruf 6. November 2005

⁵³ <http://www.die-linke.de/index.php?id=809>

⁵⁴ <http://www.linksfraktion.de/pressemitteilung.php?artikel=1229832343>, Abruf 11.07.08

Zusammenfassung

Alle Parteien lehnen eine Gleichberechtigung bei den Zwangsdiensten für Männer UND Frauen ab.

Die CDU ist eindeutig für Männerzwangsdienste. Die SPD will die Männerwehrpflicht verringern, aber nicht gänzlich abschaffen. Die Grünen, die Linke und die FDP sind zwar gegen die Wehrpflicht, aber nicht mit vorrangiger Priorität. Zumindest FDP und die Grünen haben schon gezeigt, dass sie bereit wären, diesen Standpunkt für eine Regierungsbeteiligung zu opfern. Hier besteht die Befürchtung, dass der angebliche Wille zur Abschaffung der Wehrpflicht nur als Lockmittel für männliche Wähler dienen soll. Zudem wird nichts ausgesagt, ob man als Ersatz für den Wehrdienst einen reinen Männerzwangsdienst im sozialen Bereich einführen möchte. Pläne dazu gab es auch schon.

Jungen- und Männergesundheit

Hintergrund

Männer haben in Deutschland eine um etwa 6 Jahre geringere Lebenserwartung. In jedem Lebensalter ist die Sterberate (Mortalität) der Männer höher als die der Frauen. Dies beginnt schon bei der Geburt (115 Jungen- zu 100 Mädchen-Totgeburten je 100.000), gilt auch für den plötzlichen Kindstod (74,4 zu 56,6 je 100.000) und in der Gruppe der 15- bis 65-Jährigen ist die Mortalität der Männer sogar um mehr als das Doppelte höher als die der Frauen. Die Anzahl der Suizide ist bei allen Altersgruppen bei männlichen Bürgern um weit über das Doppelte höher als bei weiblichen Bürgern – ohne dass diese allgemein bekannte Tatsache für die Politik Anlass zu einer genauen Untersuchung der Gründe wäre.⁵⁵ Im Jahr 1990 lag die altersbedingte Sterblichkeitsrate je 100.000 Personen für Männer in Deutschland bei 180,0 (West) und 159,3 (Ost) und für Frauen bei 109,4 (West) bzw. 97,0 (Ost)⁵⁶. An Verletzungen und Vergiftungen starben im Jahr 2001 21.600 Männer und 12.700 Frauen.⁵⁷ Auch Schwerbehinderung trifft Männer öfters. Im Alter von 15 bis 24 sind 2% der Männer und 1% der Frauen schwerbehindert, im Alter von 60 bis 64 sogar schon 20% der Männer und 13 % der Frauen (bezogen auf das Jahr 2001).⁵⁸

Diese Beispiele zeigen, wie notwendig es ist, gezielt Gesundheitspolitik auch für männliche Bürger zu betreiben. Trotzdem konzentriert sich der geschlechterspezifische Teil der Gesundheitspolitik auf frauenspezifische bzw. frauentypische Gesundheitsbelange. Auch hier ist der geschlechterpolitische Ansatz seinem Anspruch jungen- und männerspezifische Belange und Spezifika berücksichtigen zu wollen, nicht gerecht geworden.

Seit Jahren wird die Forderung nach einem Männergesundheitsbericht in Ergänzung zum 2001 von der Regierung herausgegebenen Frauengesundheitsberichtes von allen politischen Gruppierungen abgelehnt bzw. nicht unterstützt. Als Begründung hieß es u.a.:

„Mit der Herausgabe des Frauengesundheitsberichtes im Jahr 2001 ... sollte daher nicht nur eine Lücke im Hinblick auf die Defizite im Bereich Frauengesundheit geschlossen werden, sondern es war ganz wesentlich beabsichtigt, die Etablierung einer geschlechtersensiblen Gesundheitsberichterstattung im Sinne des Gender Mainstreaming zu initiieren und den Weg dorthin aufzuzeigen.“⁵⁹

Ähnliche Begründungen lieferten auch das Bundesgesundheitsministerium und diverse Ländergesundheitsministerien, die einen Frauengesundheitsbericht, jedoch keinen Männergesundheitsbericht herausgebracht haben.

Diese Argumentation ist schon auf den ersten Blick nicht stichhaltig. Ob männerspezifische Gesundheitsdefizite bestehen, sollen ja eben durch einen Männergesundheitsbericht geklärt werden. Sie werden aber einfach als nicht vorhanden dogmatisiert. Wie es in der Natur eines Dogmas liegt, lässt sich dieses nicht erschüttern, auch wenn es Belege für das Gegenteil gibt.

So besteht z.B. ein erhebliches Defizit in Sachen Depressionen und Diagnose von Depressionen bei Männern.

Weiterhin gibt es gesetzliche Benachteiligungen von Jungen und Männern in der Gesundheitsvorsorge, die heute nicht mehr zeitgemäß sind. Darauf werden wir später noch eingehen.

⁵⁵ Thomas Altgeld „Männergesundheit“ [2004]; Beitrag von Martin Merbach, Elmar Brähler „Daten zu Krankheiten und Sterblichkeit von Jungen und Männern“; Verlag Juventa

⁵⁶ Krebsatlas des Deutschen Krebsforschungszentrums Heidelberg

⁵⁷ Pressemitteilung des Statistischen Bundesamtes vom 13.01.03 „Jeder zweite Gestorbene erlag im Jahr 2001 einer Kreislauferkrankung“

⁵⁸ Statistisches Bundesamt 2001

⁵⁹ Brief des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend vom 07.02.2002 an die Initiative „Männergesundheitsbericht“

Auch der Gesundheitsbericht für Deutschland aus dem Jahr 2006 konzentriert sich im geschlechtersensiblen Teil wieder vorrangig auf Frauengesundheit.

„In diesem Bericht ist in den Statistiken zwar die Geschlechterdifferenzierung umgesetzt, jedoch werden Widersprüche übergangen (bspw. beim Thema Depressionen) und spezifische Lebenslagen von Männern gar nicht genannt (z.B. alleinerziehende Väter). Es ist davon auszugehen, dass ein Teil gesundheitlicher Probleme von Männern und insbesondere deren gesellschaftliche Ursachen noch gar nicht erkannt sind.“⁶⁰

Die Ablehnung eines Männergesundheitsberichtes ist bis heute geblieben. Allerdings hat sich der Grund für die Ablehnung geändert. Nachdem auch von politischer Seite ein Defizit an Männergesundheitsdaten nicht mehr geleugnet werden kann, machte die Initiative einen erneuten Vorstoß. Darauf wurde die Forderung nach einem Männergesundheitsbericht abgelehnt mit der Aussage, es gäbe zu wenig Daten für einen Männergesundheitsbericht.

„Es ist nach all den Jahren kaum zu glauben, aber in der Antwort des Bundesgesundheitsministeriums wird erstmals das zentrale Sachargument für einen Männergesundheitsbericht aufgegriffen und sogar bestätigt. Wer jetzt allerdings glaubt, dass es sich damit für einen Männergesundheitsbericht ausspricht, täuscht sich. So leicht lässt sich Politik von der eigenen Ideologie nicht abbringen. Denn die Aussage, dass es erhebliche Defizite bei der Erforschung, Erfassung und Darstellung männer-spezifischer Gesundheitsprobleme gibt, wird vielmehr als ein Argument gegen einen Männergesundheitsbericht verwendet. Denn dort könne man ja nicht darstellen, was noch gar nicht erforscht sei. Allerdings hätte es nach dieser Logik auch keinen Frauengesundheitsbericht geben dürfen, denn in ihm ging es ausdrücklich darum, spezifische Problemlagen von Frauen zu erkennen und zu erforschen. Doch wir sind auf dem Feld der Politik, das mehr von Ideologie als von Logik und Sachlichkeit bestimmt ist.“⁶¹

Dies zeigt, dass die Ablehnung eines Männergesundheitsberichtes sich nicht durch Sachargumente erklären lässt, sondern eher auf Basis geschlechterpolitischer Prinzipien.

Diese Einseitigkeit der geschlechterspezifischen Gesundheitspolitik setzt sich in allen Bereichen der Gesundheitspolitik fort. Die Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung führt ein Thema „Frauengesundheit“, eine Frauengesundheitsdatenbank und ein Frauengesundheitsportal. Es ist überflüssig zu erwähnen, dass es ein Thema „Männergesundheits“, ein Männergesundheitsportal oder eine Männergesundheitsdatenbank natürlich nicht gibt. Einmal mehr wird das groß propagierte Gender Mainstreaming genau dort über Bord geworfen, wo auch Männer profitieren könnten.

So erschöpft sich die Politik in Sachen Männergesundheit auf die regelmäßige Aussage und Suggestion, Männer seien Vorsorgemuffel. Die geschlechterpolitische Initiative MANNdat e.V. sieht die Politik nicht als Teil der Lösung, sondern als Teil des Problems. Die rigoros ablehnende Haltung der Politik zu einem Männergesundheitsbericht und einer Männergesundheitsdatenbank als Ergänzung zu den Frauengesundheitsberichten und der Frauengesundheitsdatenbank ist kontraproduktiv und unterstützt sogar das mangelnde Gesundheitsbewusstsein der männlichen Bevölkerung. Das ausgeprägte Desinteresse der Politik an Männergesundheit suggeriert schon den männlichen Jugendlichen, dass Gesundheit für Männer nicht so wichtig wäre. Das ist fatal.

⁶⁰ M. Stiehler in „Männerleben und Gesundheit, Juventa Verlag Weinheim und München 2007, S. 284

⁶¹ http://dieg.org/mgb/pdf/Steter_Tropfen.pdf Abruf 17.10.08; Blickpunkt DER MANN 2008; 6 (3) S. 39

Die Genitalverstümmelung bei Jungen und Männern

Genitalverstümmelung bei Jungen und Männern (auch als Zirkumzision bezeichnet) bedeutet konkret die komplette oder teilweise Entfernung der Vorhaut des Penis. Meistens wird dieser extrem schmerzhaft operative Eingriff ohne Betäubung vorgenommen. In den USA z.B., wo noch heute ca. 57% aller männlichen Neugeborenen kurz nach der Geburt routinemäßig beschnitten werden (mit fallender Tendenz), verwendet die Mehrzahl der Ärzte, die den Eingriff vornimmt, keine Schmerzmittel oder nimmt den Eingriff unter der hierfür unzureichenden lokalen Betäubung vor, obwohl Neugeborene genauso schmerzempfindlich sind wie Erwachsene.

Steven Svoboda, ein an der US-Universität Harvard ausgebildeter Anwalt für Menschenrechte, schätzt, dass Jungen und Männer sechsmal so häufig Opfer von Genitalverstümmelung sind wie Mädchen und Frauen.

Die angeblichen Vorteile der Beschneidung sind äußerst zweifelhaft. Ob die Zirkumzision wirklich die Hygiene verbessert, gegen AIDS hilft oder der Vorbeugung von Peniskrebs dient, ist sehr umstritten.

Wie bei jedem operativen Eingriff, kann es auch bei der Zirkumzision zu Risiken kommen: Blutungen, Entzündungen, irreparable Verletzungen des Penis. Die Beschneidung bedeutet für das Baby in jedem Fall einen oft schmerzhaften und damit oft genug traumatisierenden Eingriff, der lebenslange psychische Spätfolgen haben kann.

Wie beim Gewaltthema üblich, herrscht in Bezug auf die Beschneidung eine Sichtweise vor, die zwischen männlichen und weiblichen Opfern erhebliche Unterschiede macht. Während das Interesse von Politik, Öffentlichkeit und Medien am Leid der beschnittenen Mädchen beträchtlich ist, finden die gleichermaßen betroffenen männlichen Opfer nur sehr wenig Anteilnahme.

Auch das Gesetz misst vielerorts mit zweierlei Maß: die Beschneidung weiblicher Kinder und Jugendlicher wird in Deutschland und vielen anderen westlichen Ländern als schwere bzw. gefährliche Körperverletzung verfolgt. Eine Täterin oder ein Täter kann gemäß § 226 StGB zu einer Freiheitsstrafe von bis zu zehn Jahren verurteilt werden. Hingegen wird die Beschneidung von männlichen Kindern und Jugendlichen in Deutschland juristisch nicht verfolgt.⁶²

Anderswo ist man da schon weiter. In Finnland kann ein männlicher Säugling nur dann beschnitten werden, wenn dem beide Elternteile zustimmen. In Schweden trat am 1.10.2001 ein Gesetz in Kraft, das Beschneidung ohne medizinische Begründung bei Jungen, die älter als zwei Monate sind, verbietet. Beschneidungen an jüngeren Säuglingen dürfen nur noch unter Betäubung vorgenommen werden. Schweden ist damit das erste Land in der Welt, das solche rituellen Beschneidungen an Jungen per Gesetz einschränkt.

Die Marginalisierung männlicher Beschneidungsopfer ist nicht vernünftig zu begründen und stellt zudem eine Herabsetzung der männlichen Opfer dar.

⁶² VAfK-Broschüre "Genitale Verstümmelung bei Jungen und Männern", a.a.O., S. 53

Sozialpolitik

In Deutschland werden männliche Behinderte in §44 SGB IX gezielt auf Grund ihres Geschlechts diskriminiert – Jungen ebenso wie Männer. Dazu der betreffende Auszug aus dem Sozialgesetzbuch:

„§ 44 Sozialgesetzbuch Band IX Ergänzende Leistungen

- (1) *Die Leistungen zur medizinischen Rehabilitation und zur Teilhabe am Arbeitsleben der in § 6 Abs. 1 Nr. 1 bis 5 genannten Rehabilitationsträger werden ergänzt durch*
- .
- .
- .
3. *ärztlich verordneten Rehabilitationssport in Gruppen unter ärztlicher Betreuung und Überwachung, einschließlich Übungen für behinderte oder von Behinderung bedrohte Frauen und Mädchen, die der Stärkung des Selbstbewusstseins dienen“*

Durch diesen Artikel wird z.B. weiblichen Behinderten das Recht auf einen Selbstbehauptungskurs nach ärztlicher Verschreibung als Sozialleistung in der Rehabilitation gewährt. Einem Behinderten männlichen Geschlechts – egal ob Junge oder Mann – steht dieses Recht auf einen Selbstbehauptungskurs als Sozialleistung NICHT zu.

Hier wird die Sozialleistung also nicht nur von der medizinischen Indikation des behandelnden Arztes abhängig gemacht, sondern auch vom Geschlecht.

Nach Gender Mainstreaming ist die Frage zu stellen, wo männliche und weibliche EU-Bürger durch eine politische Maßnahme benachteiligt sind. Würde die o.a. Regelung geschlechtsneutral formuliert, wären behinderte weibliche Gewaltopfer nicht schlechter gestellt. Im Gegensatz dazu könnten dann aber auch betroffene, bedrohte Jungen und Männer von dieser Leistung profitieren. Die derzeitige Regelung beinhaltet jedoch ein gezieltes Vorenthalten von Sozialleistungen gegenüber behinderten Jungen und Männern im Rahmen von Rehabilitationsmaßnahmen.

Aus unserer Sicht gibt es also keinen akzeptablen sachlichen Grund für die Diskriminierung behinderter männlicher Gewaltopfer wegen ihres Geschlechts und damit keinen Grund, diesen die Gleichbehandlung zu verweigern. Hier wurde Gender Mainstreaming nach unserer Ansicht missachtet und gegen die Antidiskriminierungsrichtlinie verstoßen.

Letztlich werden behinderte Jungen und Männer doppelt benachteiligt: Zum einen durch die Behinderung und zum anderen durch die sie ausgrenzende Sozialgesetzgebung.

Sowohl der Petitionsausschuss des Deutschen Bundestages, als auch der EU, aber auch Sozialministerien auf Länderebene und die Antidiskriminierungsstelle sehen es hier als gerechtfertigt an, im Sinne einer sog. "positiven" Diskriminierung – oder "sozial erwünschten" Diskriminierung, wie dies landläufig bezeichnet wird - aus Gründen der Gleichberechtigung diesen behinderten Jungen und Männern, durch Vorenthalten einer ärztlich für notwendig gehaltenen Maßnahme (im Gesetz ist ja ausdrücklich von Selbstbehauptungs- und Selbstverteidigungskursen die Rede, die **ärztlich ver-schrieben** werden!) ihre Rehabilitation gezielt zu erschweren bzw. zu behindern.

Eine Erklärung, worin der Gewinn für Frauen besteht, wenn behinderte oder von Behinderung bedrohte Jungen und Männer nicht oder nur langsamer rehabilitiert werden, haben wir von keiner der betreffenden Stellen erhalten.

Auch in der Rentenpolitik bleibt die Berücksichtigung männerspezifischer Belange in der Gesundheitspolitik ein Fremdwort. So wurde bei der Diskussion um die Erhöhung des Renteneintrittsalters auf 67 Jahre im Jahr 2007 zwar ausdrücklich auf die frauenspezifischen Probleme eingegangen, männerspezifische Problembereiche blieben jedoch auch hier unberücksichtigt.

Die Berufe, die die höchsten Wahrscheinlichkeiten für Berufsunfähigkeit ausweisen, sind überwiegend Männerberufe. So sind unter den 15 Berufen mit der höchsten Erwerbsunfähigkeitswahrscheinlichkeit 14 „Männerberufe“. Das bedeutet, dass vor allem Männer von vorzeitiger Erwerbsunfähigkeit betroffen sind. Die Verlängerung des Renteneintrittsalters auf 67 betrifft diese deshalb besonders, da dann die fehlenden Zeiten sich um 2 Jahre erhöhen und somit die Rentenleistung entsprechend niedriger ausfällt.

Während bei der Erreichbarkeit der 45 Jahre beruflicher Tätigkeit die Zahlen für Frauen und Männer explizit dargestellt wurden, fehlte diese frauenspezifische Darstellung bei der Frage nach der Problematik der vorzeitigen Erwerbsunfähigkeit vollständig.

Völlig ignoriert wurde auch die Tatsache, dass durch die signifikant geringere Lebenserwartung Männer ohnehin schon eine geringere Rentenbezugszeit zu erwarten haben. Durch die Erhöhung des Renteneinstiegsalters verschlechtert sich die Rentenbezugszeit bei Männern stärker als bei Frauen. Die Lebenserwartung von Männern beträgt 76 Jahre, die von Frauen 81,5 Jahre. Bei einem Renteneintritt mit 65 Jahren ist die Rentenbezugszeit von Männern um 33% niedriger, bei einem Renteneintritt mit 67 Jahren um 38% niedriger als die von Frauen. Das bedeutet, dass die ohnehin schon vorhandene Benachteiligung von Männern im Hinblick auf die Rentenbezugszeit durch die Rentenanehebung nochmals verstärkt wird.

Männer müssen seit 2008 einen höheren Beitrag in die private Krankenversicherung zahlen. Dafür werden Frauen entlastet. Dies soll der Gleichberechtigung dienen. Schon vor längerer Zeit hat man die Riesterrentenbeiträge zuungunsten der Männer und zu Gunsten der Frauen in „Unisexstarife“ verwandelt. Auch dies geschah auf Grund der Gleichberechtigung. Dort wo Männer höhere Versicherungsbeiträge zahlen, gibt es allerdings keine „Unisexstarife“.

Männer sind die Verlierer des Sozialsystems

Männer sind die Verlierer des Sozialsystems. Männer zahlen zwar mehr Sozialbeiträge, erhalten aber weniger Leistungen. Eine im Jahr 1940 geborene Frau erhält in der Rentenversicherung eine durchschnittliche „Verzinsung“ ihrer Beiträge von rund 3,5 Prozent. Für die Männer des gleichen Jahrgangs beträgt die Rendite dagegen knapp 1,5 Prozent. Für Männer des Jahrgangs 1970 beträgt die prognostizierte „Verzinsung“ ihrer Rentenbeiträge sogar nur noch etwa 0,2 Prozent. Gleichaltrige Frauen erhalten immerhin noch 1,5 Prozent mehr an Leistung, als sie an Beiträgen einzahlen. Noch größer als im Rentensystem ist die Umverteilung in der Pflegeversicherung.

Im Gegensatz zu frauenspezifischen Benachteiligungen schweigen die Geschlechterpolitik aller Parteien und mit ihnen die Antidiskriminierungsstelle zu diesen Benachteiligungen.⁶³

Warum interessiert sich die Politik nicht für Männergesundheit?

Der Grund für die Vernachlässigung der Männergesundheit in der Gesundheitspolitik dürfte das allgemeine Desinteresse an männerspezifischen Belangen sein, das uns durch alle geschlechterpolitischen Bereiche hindurch begegnet. Die Ursache dafür liegt an der allgemein einseitigen frauenpolitischen Ausrichtung der Geschlechterpolitik.

⁶³ <http://www.welt.de/wirtschaft/article2408633/Frauen-sind-die-Gewinner-unseres-Sozialsystems.html> Abruf 02.10.09

Weiterhin dürfte der langlebige Mann in Zeiten knapper Rentenkassen sozialpolitisch nicht unbedingt erwünscht sein.

Zudem beträgt die Minderleistung im Krankheitswesen für Männergesundheit im Gegensatz zu Frauengesundheit jährlich immerhin fast 14 Milliarden Euro.⁶⁴ Und davon ist nur ein geringer Teil durch die Zusatzkosten für Frauen durch Schwangerschaft und Geburt erklärbar. Eine enorme Ersparnis, die verloren gehen würde, wenn Männer in annähernd gleichem Umfang Gesundheitsleistungen in Anspruch nehmen würden.

CDU/CSU + SPD + FDP + Die Linke

In keiner dieser Parteien ist Männergesundheit ein Thema bzw. in keiner der Parteien wird Geschlechterpolitik im Hinblick auf die Berücksichtigung jungen- und männerspezifischer Gesundheitsbelange umgesetzt. Unter rot-grüner und schwarz-roter Regierung wurde eine einseitig frauenspezifisch ausgerichtete Gender-Gesundheitspolitik implementiert und etabliert. In der Sozial- und Gesundheitspolitik zeigt sich deutlich, dass die Verliererpolitik für Jungen und Männer zur Selbstläuferin geworden ist. Im Sozialgesetzbuch werden männlichen Behinderten - Jungen wie Männern - weniger Sozialleistungen zugestanden als behinderten Mädchen und Frauen. Hier wird also die Rehabilitation bewusst nicht an der ärztlichen Notwendigkeit festgemacht sondern am Geschlecht. Ein Gewinn für Frauen bringt diese gezielte Benachteiligung männlicher Behinderter direkt nicht. Obwohl Männer eine signifikant geringere Lebenserwartung und einen schlechteren Gesundheitszustand haben, bleibt die Blindheit auf dem Männerauge das Markenzeichen der geschlechtersensiblen Gesundheitspolitik in Deutschland.

Die Grünen

Die Grünen sind die einzige Partei, die erstmals die Problematik von Männergesundheit thematisiert hat. Zwar reicht das Engagement nicht zu einer Forderung nach einem Männergesundheitsbericht, aber mit der Veranstaltung „Not am Mann? Zur Gesundheitsversorgung von Männern“ am 23.05.2008 wurde das Thema durch die Bundestagsfraktion der Grünen erstmals aufgegriffen.

⁶⁴ A. Goeschel, M. Bollmann: „ZENTREN FÜR MÄNNERGESUNDHEIT: VERSORGUNGSFORM ZUR SCHLIESSUNG DER MARKTLÜCKE MÄNNERBEHANDLUNG“, Ausarbeitung für EUROFORUM - The Conference Company Köln Februar 2007, S.8f.)

Erziehende Männer/Väter -Familienpolitik

Der Hintergrund

Erziehende Väter stehen nach wie vor vor einem Dilemma. Leisten sie ihren Teil an der Familienarbeit durch die Versorgung mit ihrer Arbeit, wird diese gesellschaftlich immer weniger anerkannt. Sie gelten als Drückeberger vor der Erziehungsverantwortung. Dies ist eine Einstellung, die durch väterfeindliche Geschlechterpolitik geschaffen wurde und leider auch heute noch kolportiert wird. Es gibt viele Männer, die unliebsame oder riskante Arbeiten verrichten, nur um ihre Familie versorgen zu können. Das wird in der heutigen Geschlechterpolitik den Vätern pauschal als Privileg ausgelegt.

Was die Arbeitsbelastung von Vätern angeht, stehen solche Aussagen im Widerspruch zur Realität. So stellte die Studie „Wo bleibt die Zeit“ des Statistischen Bundesamtes im Auftrag des Familienministeriums fest, Zitat (Seite 16; Hervorhebungen durch MANNdat):

„ Sind die Frauen nicht erwerbstätig, steigt ihre Arbeitszeit im Haushalt um 4 Stunden auf gut 7 ¼ Stunden. Bei den Männern erhöht sich die unbezahlte Arbeit nur um eine halbe Stunde. Allerdings haben die Männer aufgrund ihrer Erwerbsarbeit eine höhere Gesamtarbeitszeit als ihre nicht erwerbstätigen Partnerinnen. Sind bei Paaren mit Kindern die Frauen ebenfalls erwerbstätig, wendet sich das Blatt: Obwohl sie die Arbeit im Haushalt im Vergleich zu nicht erwerbstätigen Frauen um 2 ¼ Stunden reduzieren, haben erwerbstätige Frauen mit Kindern eine fast ebenso große Gesamtarbeitszeitbelastung wie ihre Männer.“

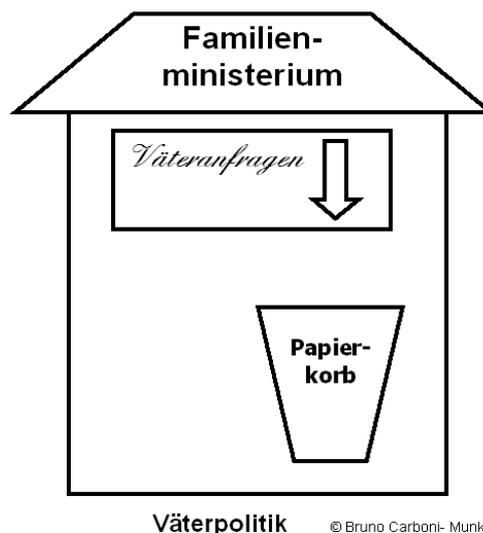
Laut 7. Familienbericht wird die Familienarbeit von Vätern auf 70 h (Frauen: 46h) angegeben.⁶⁵

Auf der anderen Seite steht der Vater, der Elternzeit nimmt, oder gar in Teilzeit arbeitet. Er muss erkennen, dass er es schwierig hat, Akzeptanz für seine Erziehungsarbeit zu finden. In der o.g. Studie „Wo bleibt die Zeit“ hat das Familienministerium z.B. alleinerziehende Mütter thematisiert und untersucht, alleinerziehende Väter jedoch nicht. Das Familienministerium kommt also seiner Verantwortung gegenüber Vätern nicht nach. Die Probleme für aktiv erziehende Männer bestehen nicht nur darin, dass Geburtsvorbereitungskurse für Männer nicht als Kassenleistung bezahlt werden.

Männer, die Elternzeit nehmen, gehen ein wesentlich höheres Kündigungsrisiko ein als Frauen („Elternzeitfalle“). Warum ist das so?

Wer Elternzeit nehmen will, muss diese mind. 8 Wochen vorher dem Arbeitgeber ankündigen. Aber auch die Kündigungsfrist für die Elternzeit gilt frühestens 8 Wochen vor Beginn der Elternzeit. Männer haben also insgesamt nur einen einzigen Tag, an dem sie die Elternzeit beantragen können, ohne dass ihnen dadurch die Kündigung droht.

Mütter betrifft das nicht. Denn während der Schwangerschaft genießen sie Kündigungsschutz. Stellen sie währenddessen den Antrag auf Elternzeit für den Zeitraum nach der Geburt, gehen sie von einem Kündigungsschutz in den anderen über.



⁶⁵ <http://dip.bundestag.de/btd/16/013/1601360.pdf> S. Seite 234 Abruf 08.10.08

Der Bundesregierung ist der Sachverhalt bekannt, sie belässt es aber dabei und in der Broschüre des Familienministeriums wird die Elternzeitfalle für Männer nicht erwähnt!⁶⁶

Nach der Elternzeit ist dann festzustellen, dass wesentlich mehr Angebote für Frauen als für Männer zum Wiedereinstieg in den Beruf nach der Elternzeit existieren. Männer werden oftmals zu Wiedereinstiegskursen gar nicht zugelassen, nur weil sie Männer sind. Auch Betriebsräte und Gewerkschaften sind selten sensibilisiert für spezielle Schwierigkeiten familienorientierter Männer. Beispiele für solche einseitigen Wiedereinstiegsprojekte:

- Gemeinschaftsinitiative CHANGE/CHANCE der Unternehmerverbände und Bundesregierung
- "Frauen unternehmen was - Tipps für Existenzgründerinnen" vom Bundeswirtschaftsministerium
- Aktionsprogramm "Perspektive Wiedereinstieg" des Bundesfamilienministeriums

Zudem besteht auch die Gefahr, dass der Mann einen Teil seines Rentenanspruchs verliert, wenn Vater und Mutter sich die Elternzeit teilen. Eine Teilbarkeit der Anrechnungszeiten für die Kindererziehung gibt es nämlich nur unter bestimmten Bedingungen. Und selbst das geht auch nur, wenn dies der Rentenversicherungsanstalt vor der Elternzeit mitgeteilt wurde. Allerdings werden auch darüber Väter nicht aufgeklärt, so dass sie zu spät davon erfahren und in die Rentenfalle tappen.⁶⁷

Auch im Online-Familienhandbuch des Staatsinstituts für Frühpädagogik (IFP) wird das Thema „Rückkehr Familie und Beruf“ ausschließlich als Frauenthema behandelt.⁶⁸

Der Karriereknick durch die Elternzeit wirkt sich für Männer stärker aus als für Frauen.⁶⁹

Hierzu passt auch ein Auszug aus „Beruf und Familie“ der Landeshauptstadt Düsseldorf:

„Betrachtet man die geschlechtsspezifischen Unterschiede bei Berufsrückkehrern im Hinblick auf die Integration auf dem Arbeitsmarkt, fällt eine unterschiedliche Akzeptanz seitens der Arbeitgeber auf. Männliche Berufsrückkehrer finden wenig Akzeptanz sowohl bei bisherigen, als auch bei potentiellen Arbeitgebern, wohingegen die soziale Kompetenz der Frauen geschätzt wird und einen immer höheren Stellenwert in der Arbeitswelt erlangt.“

Die in der Familienphase verstärkten Grundqualifikationen wie Arbeitsabläufe organisieren, Entscheidungen treffen, zwischenmenschliche Kontakte pflegen, Geduld und Ausdauer üben, Stress bewältigen werden bei weiblichen anders als bei männlichen Bewerbern für positive Voraussetzungen für den Wiedereinstieg gehalten.“⁷⁰

Auch hier geht der Staat mit schlechtem Beispiel voran. So wird die Förderung in Gleichstellungsgesetzen nicht an der tatsächlich geleisteten Erziehungsarbeit festgemacht, sondern am weiblichen Geschlecht. Damit sind die kinderlosen Frauen die großen Gewinnerinnen und die aktiv erziehenden Männer die großen Verlierer der Gleichstellungsgesetze. Somit sind aktiv erziehende Väter dreifach benachteiligt: Sie müssen Zwangsdienst leisten (die Zwangsdienstzeit kommt ja i.d.R. vor der Vaterschaft), haben die Nachteile durch den Ausfall beruflicher Zeit und können nicht von Gleichstellungsfördermaßnahmen profitieren.

⁶⁶ <http://www.elterngeld.net/elternzeit.html> Abruf 23.07.08

⁶⁷ <http://www.ihre-vorsorge.de/Themen-2008-Elterngeld-fuer-Vaeter-Stichwort-Sozialversicherung.html?session=411b59079b943100fee10992b3abc3e0> Abruf 08.09.08 + "Wochenkurier" (Meißen/Radebeul) vom 27.02.08 „Rente futsch durch Elternzeit“

⁶⁸ http://www.familienhandbuch.de/cmain/f_Aktuelles/a_Familie_Beruf.html Abruf 06.08.08

⁶⁹ http://www.ewi-psy.fu-berlin.de/einrichtungen/arbeitsbereiche/arbpsych/media/lehre/ss2006/12649/praes_04052006_3.pdf S.17; Abruf 23.07.08)

⁷⁰ <http://www.duesseldorf.de/frauen/download/familienbericht.pdf>

Bei der Teilzeitarbeit sieht es nicht anders aus. Bei der Teilzeit arbeitenden Bevölkerung existiert ein geschlechterspezifisches Lohngefälle zuungunsten der Männer. Teilzeit arbeitende Männer verdienen laut Genderdatenreport der Bundesregierung in Beschäftigungsverhältnissen bis 18 Wochenstunden 22% weniger als Teilzeit arbeitende Frauen. Diese Differenz wird jedoch ohne Erforschung der Ursachen mit „geringerem Humankapital“ abgetan, während eine vergleichbare Differenz bei Frauen als Diskriminierung gebrandmarkt wird. Diese extrem unterschiedliche Bewertung gleicher Sachverhalte zeigt eindrucksvoll die ausgeprägte Doppelmoral der Gleichstellungspolitik in der etablierten Parteienlandschaft.

Man erkennt daran, dass ein großes Minenfeld für Väter mit der Elternzeitregelung angelegt wurde.

Aber es gibt noch andere Benachteiligungen. Bei der Riesterreute erhalten grundsätzlich die Mütter (auch bei verheirateten Paaren) die Kinderzulagen. Der Vater kann die ihm zustehende Hälfte nur erhalten, wenn die Mutter per Unterschrift ihr Einverständnis dazu gibt – das sie einmal jährlich, einseitig und ohne Angabe von Gründen widerrufen kann. Bei Weigerung der Kindesmutter muss der erziehende Vater sein Recht erst mühsam einklagen. Eine Regelung mit vertauschten Geschlechtern wäre undenkbar – eine eindeutige und politisch gewollte Diskriminierung von Vätern.

Die Familienpolitik und das Familienrecht bleibt vorwiegend Väter benachteiligend. So ist z.B. das Sorgerecht eines unverheirateten Vaters vom Willen und Unwillen der Mutter abhängig. Der Gerichtshof für Menschenrechte hat Deutschland schon mehrfach erfolglos wegen der Väter benachteiligenden Umgangsrechtspraxis kritisiert.

Ein Richter hat die Ohnmacht der Väter wie folgt formuliert:

*"Natürlich haben die Väter auch Rechte wie Pflichten, aber das steht alles nur auf dem Papier", erklärt er. "Das ist die Ohnmacht eines jeden Familienrichters. Wenn eine Frau nicht will, kann man nichts machen."*⁷¹

Dies zeigt, dass die Exekutive, also die Ministerien und Behörden nicht bereit sind, Väter bei der Wahrung ihrer Rechte zu unterstützen.

Männer in Schule und Kindergarten

Auch der beruflich erziehende Mann sieht sich heute zunehmend Problemen gegenüber. Das Thema wird kontrovers diskutiert. Manche meinen, mehr männliche Vorbilder seien wichtig für die Erziehung der Kinder, insbesondere der Jungen. Andere sehen Männer grundsätzlich als inkompetenter in erzieherischen Fragen an oder wollen einfach erzieherische oder pädagogische Berufsbereiche als Frauendomäne erhalten.

Bislang gibt es keine abschließende Untersuchung, worin die Gründe für die niedrige bzw. sinkende Anzahl männlicher Erzieher und Pädagogen liegen. Deshalb findet die Diskussion zu diesem Thema auf unseriöser Basis statt. So werden z.B. die niedrigen Gehälter der Lehrer als Grund für die mangelnde Attraktivität des Lehrberufes für Männer angeführt. Ein Argument, das bei näherem Hinsehen völlig unhaltbar ist. Denn in Deutschland sind die Lehrergehälter im Vergleich zu anderen Ländern hoch und zudem gibt es männerdominierte Berufsbereiche, die wesentlich schlechter bezahlt werden.

Ausgerechnet in den sozialen Berufen, in denen es mehr weibliche Beschäftigte gibt, besteht nach dem Mobbing-Report der Bundesanstalt für Arbeitsschutz und Arbeitsmedizin (BAuA) die größte

⁷¹ <http://www.merkur-online.de/regionenalt/muenchenstadt/art51,193288.html?fCMS=e7d7865c69bbde7fd7ed6915919faca8>

Mobbing-Gefahr.⁷² Betroffen sind oft Männer. Im Gegensatz zu Frauen, die sich bei Beratungsstellen schneller Hilfe suchen, fällt es männlichen Opfern schwer, über ihre Situation zu sprechen - vor allem, wenn sie von Kolleginnen und weiblichen Vorgesetzten gemobbt werden.

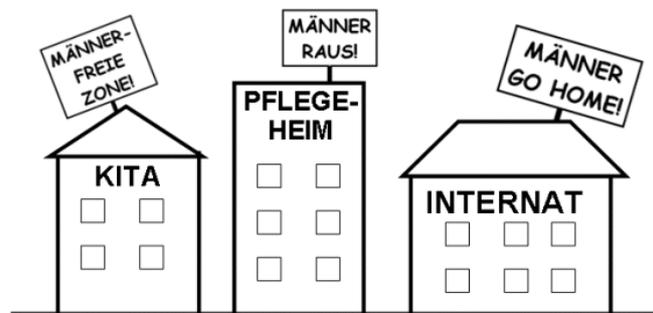
„Männer, die von weiblichen Vorgesetzten attackiert werden, haben große Scheu, sich ihre schwache Position einzugestehen und sich rechtzeitig Unterstützung zu suchen“, sagt die Diplompsychologin Iris Dohmen vom Institut für Arbeits- und Sozialhygiene (IAS) in Karlsruhe. Sie hilft Firmen, präventive Maßnahmen gegen Mobbing und Diskriminierung umzusetzen und betreut Opfer. „Frauen haben erstens subtilere Mobbing-Strategien, und zweitens ist das Phänomen, dass Männer aufgrund ihres Geschlechts diskriminiert werden, relativ neu und noch nicht im Bewusstsein vieler Betroffener verankert“, sagt Dohmen. „Wenn Männer zur Zielscheibe werden, dauert es deshalb auch oft lange, bis sie sich dessen überhaupt bewusst sind.“⁷³

Männer dürfen allein auf Grund ihres Geschlechtes bei einer Bewerbung als Erzieher abgelehnt werden. Dies bestätigt ein Gerichtsurteil vom 20.3.2008 (Az. 2 Sa 51/08) des Landesarbeitsgerichtes Rheinland-Pfalz in Mainz.

Ein männlicher Sozialpädagoge bewarb sich auf eine Stelle in einem Mädcheninternat. Er wurde abgelehnt, mit der Begründung, er sei ein Mann. Der Mann, der glaubte, das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz (AGG) würde auch ihn vor Benachteiligung auf Grund seines Geschlechtes schützen, musste sich eines Besseren belehren lassen. Ein Mann sei für die Mädchen nicht tragbar, da es den Mädchen nicht zugemutet werden könne, dass ein Mann in ihre Intimsphäre eindringe, meinten die Richter.

Dieses Urteil ist von weitreichender Bedeutung für die rechtliche Stellung von Männern in erzieherischen, pädagogischen oder sozialen Berufen. Denn sobald Mädchen oder Frauen betreut, erzogen oder gepflegt werden müssen, bleibt ein Eindringen in deren Intimsphäre nicht aus.

Dass es auch von politischer Seite an einer Akzeptanz männlicher Erzieher vorhanden mangelt, zeigt sich z.B. an der Ausgrenzung von Jungen aus dem Zukunftstag (Veranstaltung, bei der sich Mädchen geschlechteruntypische Berufe anschauen dürfen – Jungen nicht!). Zudem gibt es Gleichstellungsgesetze, die Maßnahmen zur Erhöhung des Frauenanteils in frauenunterrepräsentierten Berufsbereichen beinhalten. Eine Fortschreibung dieser Gleichstellungsgesetze, in Bezug auf Maßnahmen zur Erhöhung des Männeranteils in männerunterrepräsentierten Berufsbereichen werden von der Gleichstellungspolitik rigoros abgelehnt.



Keine Wege für Jungs

**Karikatur zum Antierzieherurteil:
Männliche Erzieher sind für Mädchen nicht zumutbar.**

© Bruno Carboni - Munk

Die Maßnahmen der Politik zur Erhöhung des Männeranteils in diesen Berufen beschränken sich derzeit durchweg auf einige wenige Aktivitäten ohne nennenswerte Wirkung.

⁷² URL: /jobkarriere/artikel/452/174929/ Abruf 23.05.2008

⁷³ <http://www.sueddeutsche.de/jobkarriere/artikel/452/174929/> Abruf 22.05.08

Vaterschaftstests

Bezüglich Vaterschaftstests hat diese Legislaturperiode eine Entscheidung gebracht. Zukünftig kann der Vater seine Vaterschaft klären lassen ohne nach einem negativen Ergebnis die Vaterschaft aufgeben zu müssen. Ein selbstbestimmter Vaterschaftstest, also ohne Wissen der Mutter, ist nicht zulässig. Wenn die Mutter nicht zustimmt, muss der Weg übers Gericht gehen. Dem Vater steht damit nicht das Recht zu, jeder Zeit wissen zu dürfen, ob er Vater ist oder nicht. Das ist problematisch für die Familien: Jeder gerichtliche Weg bedeutet eine massive Krise der oft schon belasteten Beziehung – insbesondere zum Nachteil der darin lebenden Kinder und unabhängig vom Ergebnis der Untersuchungen.

Weiterhin haben auch Männer, die meinen Vater zu sein, aber bei denen die Mutter die Vaterschaft nicht anerkennt, nicht das Recht zu einem Vaterschaftstest. Verstöße werden mit einem Bußgeld belegt. Wieder findet nur das Selbstbestimmungsrecht der Mutter, nicht jedoch das des Vaters Berücksichtigung. Auch im Bereich Vaterschaftstest bleiben damit die Väter benachteiligenden Strukturen des Familienrechts aufrechterhalten. Zumindest wurden die Rahmenbedingungen für Väter bei der Vaterschaftsfeststellung etwas verbessert.

Wie sieht die Familienpolitik der einzelnen Parteien aus?

CDU/CSU

Die CDU/CSU machte sich stark, Vätern bessere Rahmenbedingungen zu geben für eine Vaterschaftsfeststellung.

Mit dem Elterngeld setzte von der Leyen (CDU) auch gegen den Widerstand im konservativen Lager eine Maßnahme um, dessen Konzept noch von ihrer Vorgängerin Renate Schmidt (SPD) stammte. Widerstand gab es, weil ein Teil der Leistung nur dann gewährt wird, wenn auch der Vater eine berufliche Babypause einlegt. Hier besteht die Chance für Väter, stärker Berücksichtigung in der Familienpolitik zu finden.

Noch vor der Bundestagswahl hatte es den Anschein, als würde mit Ursula von der Leyen eine Politikerin Familienministerin, die sich auch den Anliegen der aktiv erziehenden Väter widmen würde. So beklagte Ministerin von der Leyen (CDU) am 20. Januar 2005 in der Berliner Zeitung unter dem Titel "Wir haben alle das Thema Familie völlig verschlafen" bezüglich der neuen Pläne ihrer Partei:

"Es muss uns doch endlich nachdenklich stimmen, dass 51 Prozent der männlichen Akademiker in unserem Land kinderlos sind".

Nach ihrer Berufung zur Bundesfamilienministerin hat sich dies jedoch völlig geändert. So meinte sie u.a.:

"Junge, insbesondere qualifizierte Männer fanden nur noch dann Frauen ihresgleichen, wenn sie bereit waren, eine neue Rolle einzunehmen", sagte von der Leyen. In Deutschland hätten hingegen kaum Männer bisher die Erfahrung machen können, "wie es ist, 24 Stunden am Tag, sieben Tage die Woche für ein Baby zu sorgen".⁷⁴

Frau von der Leyen ignoriert also nicht nur, dass auch bei Männern erhebliche Vereinbarkeitsprobleme vorliegen. Sie sieht das seltenere Einlegen einer beruflichen Pause von Vätern zur Kindererzie-

⁷⁴ <http://www.n-tv.de/603201.html> "Wer nicht abspült bleibt solo" Abruf 18. November 2005

hung in derer angeblichen Verantwortungslosigkeit. Anstatt das Thema objektiv zu betrachten, greift sie lieber in die Mottenkiste des Geschlechterkriegsdenkens der 80er Jahre.

Eine nicht zeitgemäße Sichtweise, die auch von der Leyens Parteikollege Schönbohm kritisierte:

*"Männer, das sind für sie offenbar familienscheue Drückeberger mit lächerlichem Imponiergehabe", sagte Schönbohm weiter. Von der Leyen hatte kürzlich in einem Interview gesagt, die Zeiten der Männer als "Alphatierchen" seien vorbei. Damit werde Millionen von Männern Unrecht getan, die große Verantwortung in ihren Familien übernehmen und sich sehr intensiv um ihre Kinder kümmern, rügte Schönbohm. Die junge Generation betrachte Kindererziehung längst als gemeinsame Aufgabe"*⁷⁵

Während die Elternzeit von Vätern allgemein besser angenommen wird als erwartet, was das gängige Klischee vom verantwortungslosen Vater widerlegt, ist unter Führungskräften die Elternzeit ein Flop. Nur 6% der Befragten glauben, dass es in ihrem Unternehmen deutlich einfacher ist, Elternzeit zu nehmen. 60 Prozent geben an, dass die neue Regelung nichts verbessert hat oder die Situation sogar schlechter geworden ist. 59 Prozent der Arbeitnehmer in gehobenen Positionen fürchten Karriere Nachteile. Daneben werden neben dem Elterngeld auch finanzielle Einbußen als wichtiges Hindernis angesehen.⁷⁶

Das mangelnde Verständnis für die Vereinbarkeits- und Akzeptanzprobleme erziehender Väter von Ministerin von der Leyen wird auch deutlich beim im März 2008 gestarteten Aktionsprogramm "Perspektive Wiedereinstieg":

"Mit dem Aktionsprogramm möchte ich Frauen unterstützen, die nach einer längeren familienbedingten Erwerbspause wieder ins Erwerbsleben zurückkehren wollen",

betonte Frau von der Leyen bei der Pressekonferenz in Berlin. Männer, die nach einer familienbedingten Erwerbspause wieder ins Erwerbsleben zurückkehren wollen, sind von dem Aktionsprogramm ausgeschlossen.

Das Aktionsprogramm zielt auf einen langfristigen politischen Prozess, der viele Akteure einbinden wird: neben der Bundesagentur für Arbeit die Bundesländer, die Sozialpartner, Berufsverbände, Beratungseinrichtungen, die kommunalen Frauenbeauftragten und viele mehr.⁷⁷ Hier müssen Väter also zukünftig weitere Maßnahmen erwarten, die sie benachteiligen werden.

Im Rahmen der Studie „Beruflicher Wiedereinstieg nach der Familiengründung - Bedürfnisse, Erfahrungen, Barrieren“ des SINUS-Institutes im Auftrag des Bundesfamilienministeriums als Grundlage für dieses Wiedereinstiegsprogramms wurden Männer ausschließlich als Faktor für die Behinderung oder Förderung von Frauen beim beruflichen Wiedereinstieg betrachtet.

Das Statistische Landesamt von Baden-Württemberg hat in seinem demographischen Bericht 2005 die Akzeptanz berufstätiger Mütter thematisiert, die Probleme bei der Akzeptanz aktiv erziehender Väter wurden jedoch nicht einmal erwähnt. Dies ist charakteristisch für die einseitige Diskussion der Vereinbarkeitsproblematik in der CDU/CSU, aber auch in Deutschland insgesamt.

Familienpolitik wird auch unter Führung von Frau von der Leyen über die Köpfe der Väter hinweg gemacht. Wie bei ihren Vorgängerinnen bleibt ein Dialog mit den Vätervereinen aus.

⁷⁵ <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/0,1518,467869,00.html>

⁷⁶ http://www.morgenpost.de/printarchiv/wirtschaft/article706581/Fuehrungskraefte_fuerchten_Einbussen_durch_Elternzeit.html

Abruf

28.07.08

⁷⁷ <http://www.familien-wegweiser.de/bmfsfi/generator/Politikbereiche/gleichstellung.did=108546.html> Abruf 06.08.08

Ebenfalls negativ ist, dass die Minderbezahlung von teilzeitarbeitenden Männern gerade in CDU und CSU bei der Diskussion um die Minderbezahlung konsequent unter den Tisch gekehrt wird. So hat die CSU-Regierung des Landes Bayern im März 2008 in einem Werbespot „Schluss mit dem Unsinn“ bei der Thematisierung der geringeren Durchschnittslöhne die Minderbezahlung von teilzeitarbeitenden Männern einfach ignoriert. Hier zeigt sich, dass gerade die Politik ein schlechtes Vorbild für die Akzeptanz aktiv erziehender Männer abgibt.

Ursula von der Leyen will auch das Ehegattensplitting kappen. Die Verlierer sind dabei vor allem die Alleinverdiener-Ehen. „Damit sollen Familien mit Kindern steuerlich besser gestellt werden als Familien ohne Kinder“, heißt es von der Regierung. Doch das Geld für die so genannte Kinderkomponente muss offensichtlich Familien an anderer Stelle wieder aus der Tasche gezogen werden, denn „zusätzliche Haushaltsbelastungen sollen möglichst vermieden werden.“ Der Grund ist auch hierfür ein frauenpolitischer. Ginge es um eine bessere Kinderförderung, wäre eine Anhebung von Kindergeld und –freibetrag der direkte Weg. Jahrzehntlang haben CSU und CDU im engen Schulterschluss jede Einschränkung des Ehegattensplittings abgelehnt.⁷⁸

Durch den Wegfall des Ehegattensplittings sollen Familien „motiviert“ werden, das althergebrachte Familienmodell eines versorgenden Elternteils (i.d.R. der Mann) und eines erziehenden Elternteils (i.d.R. die Frau) aufzugeben.

Weiterhin soll bis 2013 die Zahl der Betreuungsplätze für unter Dreijährige verdreifacht werden. Ab 2013 soll es dann einen Rechtsanspruch auf Krippenbetreuung für Einjährige geben. Für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf ist die Steigerung der staatlichen Betreuung von Kindern ohne Frage äußerst positiv.

Unter diesem Aspekt sind auch die Ganztageschulen zu sehen. Im Gegensatz zur landläufigen Meinung sind diese keine Idee der Bildungspolitik, sondern der Familienpolitik. Sie soll dem aktiv erziehenden Elternteil die Vereinbarkeit von Familie und Beruf erleichtern helfen. Aus diesem Grunde wurde auch die Diskussion um die Qualität der Ganztageschulen nach hinten gedrängt. So hat man sich erst nach deren Einführung Gedanken gemacht um so grundlegende Probleme wie z.B. den Essenzuschuss für sozial schwache Kinder.

Interessant ist auch, dass Ministerin von der Leyen, der von der SPD-Regierung veranlasste Pilotstudie „Gewalt gegen Männer“ keine repräsentative Studie folgen lassen will. Die Gründe dafür sind spekulativ. Das Gewaltopfermonopol für weibliche Gewaltopfer, das als Motor für viele Frauenförderinitiativen gilt, wird dabei vermutlich von größter Wichtigkeit sein. So ist Ministerin von der Leyen oberste Tabuwächterin, was das Thema „Gewalt gegen Männer“ oder gar das Thema „weibliche Täterschaft in der Familie“ betrifft.

Bundesfamilienministerin von der Leyen ist es gelungen, der CDU/CSU die familienpolitischen Grundsätze der SPD überzustülpen. Die dadurch verlorene Vielfalt familienpolitischer Ansätze ist bedauerlich.

SPD

Unter der frühen Regierung von SPD und Grünen um das Jahr 2000 galt noch die alleinerziehende Mutter als das Ideal zukünftiger Familienpolitik. Theorien einer Anita Heiliger (Mitarbeiterin des Deutschen Jugendinstituts in München!) und Constance Engelfried, die z.B. vorschlugen, Jungen erst ab der Pubertät den Weg zur Identifikation mit dem Vater freizugeben, um sie nicht „sexistisch“ zu prä-

⁷⁸ www.welt.de/politik/article1194155/Fuer_traditionelle_Familien_wird_es_teuer.html Abruf 18. September 2007

gen, waren Grundlage von Familienpolitik.⁷⁹ Es war die Zeit einer sehr väterablehnenden Familienpolitik. Erst unter Renate Schmidt (SPD) wurde die Akzeptanz von Väterlichkeit wieder etwas besser.

In Fragen des Vaterschaftstests war Bundesjustizministerin Zypries (SPD) von Beginn an die treibende Kraft, was die Kriminalisierung von Vätern betrifft, die selbstbestimmt ihre Vaterschaft („heimliche“ Vaterschaftstests) überprüfen lassen wollen.

Die beste SPD-Familienpolitik macht unterdessen Bundesfamilienministerin von der Leyen (CDU). Sie nimmt all dies in Angriff, was die SPD mit ihren Familienministerinnen nicht schaffte – Elterngeld, Abschaffung des Ehegattensplittings und den Rechtsanspruch auf einen Krippenplatz. Und für die SPD ist es ohne Frage geschickt, von einer CDU-Ministerin das umsetzen zu lassen, was die sie selber gerne will.

Die Aussage der Bundestagsabgeordneten Elke Ferner (SPD) in der Bundestagsdebatte zum Weltfrauentag 2007 ist charakteristisch nicht nur für die SPD-Politik bezüglich der Problemen von Vätern:

„...Die Hälfte der Verantwortung für die Familie, die Hälfte der Kindererziehung, ... werden die Frauen freiwillig und mit Vergnügen den Männern überlassen“⁸⁰

Angesichts der Tatsache, dass zur gleichen Zeit, in der Frau Ferner diese Plattheiten von sich gab, viele Väter eine fast aussichtslosen Kampf darum führen, ihre Kinder regelmäßig sehen zu dürfen, muss man solche Äußerungen als zynisch und geschmacklos betrachten, von der Ignoranz der eingangs erwähnten durchschnittlichen Mehrbelastung von Vätern ganz zu schweigen.

FDP und SPD plädieren für ein „Kinderwahlrecht“. Was auf den ersten Blick kinderfreundlich aussieht, enthüllt erst bei näherem Hinsehen seine politische Brisanz. Wenn man nämlich nachfragt, wie dieses „Kinderwahlrecht“ denn aussehen soll, dann stellt sich heraus, dass es gar kein Kinderwahlrecht ist, was die beiden Parteien da fordern, denn Kinder sollen nicht wählen. Wählen sollen stattdessen die Eltern. Derjenige Elternteil, der das Sorgerecht hat soll zusätzlich Wählerstimmen erhalten. Wenn man das extrem väterdiskriminierende Sorgerecht (das Sorgerecht unverheirateter Väter ist in Deutschland vom Willen und Unwillen der Mutter abhängig!) und die Sorgerechtsprechung (in Sorgerechtsprozessen wird nahezu vollständig das alleinige Sorgerecht den Müttern zugestanden) beachtet, wird damit der Wählerstimmenanteil der weiblichen Bevölkerung gegenüber dem Wählerstimmenanteil der männlichen Bevölkerung erheblich steigen.

Was also als Kinderrecht daher kommt, entpuppt sich bei näherem Hinsehen als Zensuswahlrecht für Frauen. Wieder einmal wird das Kindeswohl instrumentalisiert für noch mehr Frauenförderung.

Die Grünen

Beim Vaterschaftstests unterstützten die Grünen von Beginn an die Kriminalisierung von Vätern, die selbstbestimmt die Vaterschaft überprüfen lassen wollen („Feigheit der Männer“).

Zum Thema "Gemeinsames Sorgerecht nicht verheirateter Eltern" fand am 2. Mai 2007 ein Fachgespräch in Berlin statt, das von der Bundestagsfraktion Bündnis 90/Grüne unter Leitung von Ekin Deligöz veranstaltet wurde. Das Thema wurde kontrovers diskutiert, aber positiv ist, dass eine Partei das Thema endlich einmal aufgegriffen hat.

⁷⁹ Gerhardt Amendt in „Vatersehnsucht“, Universität Bremen, Institut für Geschlechterforschung, S. 93

⁸⁰ <http://www.bundestag.de/bic/plenarprotokolle/plenarprotokolle/16085.html>

FDP

Die FDP setzte sich im Rahmen der Vaterschaftstestdiskussion dafür ein, Männern bessere Möglichkeiten zur Feststellung der Vaterschaft zu geben.

Die Vereinbarkeitsproblematik von Männern spielt für die FDP eine untergeordnete Rolle. Zwar legte noch 2005 die FDP auf Anfrage von MANNdat dar:

„Bei der Gleichstellung geht es nicht nur um Frauen, sondern um die Stellung von Frau und Mann zueinander auf der Grundlage gleicher Rechte, Pflichten und Chancen in allen Lebensbereichen. Nicht nur Frauen haben ein Recht, ohne Diskriminierung Führungs- und Entscheidungspositionen einzunehmen, auch Männern müssen Chancen zur Erweiterung ihres Rollenspektrums gegeben werden durch Abbau von Vorurteilen beispielsweise hinsichtlich der erweiterten oder ausschließlichen Familientätigkeit eines Mannes. (BT-Drs. 15/5032)..... Männer empfinden ebenfalls zunehmend die schwere Vereinbarkeit von Vater- und Berufspflichten als persönliches Dilemma. Die Politik sollte daher die gesellschaftliche Akzeptanz der Vaterrolle fördern, so dass für die Männer eine Verbindung von Familie und Beruf attraktiver wird.“⁸¹

Diese schwere Vereinbarkeitsproblematik der Väter ist der FDP jedoch nunmehr in der politischen Praxis nicht mehr wichtig. Mit ihren Anträgen (16/832) und (16/4737) fordert die FDP im Bundestag dazu auf, die Gleichberechtigung von Frauen am Arbeitsmarkt zu fördern, Frauen als Unternehmerinnen bei der Existenzgründung zu unterstützen und an die Tarifparteien zu appellieren, sich für flexible Arbeitszeiten einzusetzen, damit Familien- und Erwerbsphase besser vereinbar werden. Die Vereinbarkeitsprobleme der Väter spielen keine Rolle mehr. Damit kann man keine Frauenstimmen gewinnen und Väter interessieren offensichtlich nicht.

Die FDP kritisierte die Väterkomponente beim Elterngeld.

"Vor dem Hintergrund der Debatte über Kinderbetreuung hat FDP-Generalsekretär Dirk NIEBEL eine echte Wahlfreiheit für Eltern gefordert. Es sei nicht Aufgabe des Staates, die Lebensentwürfe der Menschen zu bewerten. Die Menschen müssten ihr Familienleben selbst organisieren können. Diese Wahlfreiheit erfordere jedoch auch genügend Angebote zur Betreuung von Kindern, erläuterte Niebel im Interview mit dem Deutschlandfunk.“⁸²

Wie die SPD plädiert auch die FDP für ein „Kinderwahlrecht“, was sich auf Grund des väterdiskriminierenden Sorgerechts in der Praxis als Zensuswahlrecht für Frauen mit Kindern entpuppt. Siehe hierzu die Ausführungen zur SPD.

Die Linke

Die Linke steht in Bezug auf die Vereinbarkeit von Beruf und Familie in der DDR-Tradition, wo eine flächendeckende Kinderbetreuung zum Alltag gehörte (Kinderkrippe, Kindergarten, Hort). Insofern ist es konsequent, wenn die Linke einen Ausbau der staatlichen Kinderbetreuung von der Kindertagesstätte bis zu Ganztagschulen fordert. Was die Vereinbarkeit von Beruf und Familie anbetrifft, erwähnt die Linke in ihrer Forderung zumindest die Väter, auch wenn sie die Partei – wie alle anderen auch – in der Praxis im Wesentlichen nur frauenpolitisch beleuchtet.

Der Linken geht bereits die erleichterte Feststellung der Vaterschaft zu weit und so verweigerte sie die Zustimmung. Statt dessen unterstützt sie die Kriminalisierung der kind- und familienschonend nach

⁸¹ Auszug aus der Antwort der FDP vom 04.07.2005 an MANNdat e.V.

⁸² http://www.fdp-bundespartei.de/webcom/show_article.php/_c-554/_nr-612/i.html

Wahrheit suchenden Männer, wie deren rechtspolitischer Sprecher Neskowic bereits am 13.02.2007 in einer Pressemitteilung verkündete:

„Er (Anm: der Gesetzgeber) hat einerseits sicherzustellen, dass das Recht des Kindes und der Mutter auf informationelle Selbstbestimmung vor heimlicher Durchsetzung des Interesses des Mannes an der Klärung seiner biologischen Vaterschaft geschützt wird. Den wirksamsten Schutz hierfür bietet das Strafrecht. Deswegen unterstützt DIE LINKE. Frau Zypries darin, heimliche Vaterschaftstests ausdrücklich unter Strafe zu stellen.“

Zusammenfassung

Das väterfeindliche Klima, wie es unter der rot-grünen Bundesregierung herrschte, ist unter schwarz-rot zwar merklich zurückgegangen. Für Vätermomente, also etwas Spezielles für Väter, ist aber auch diese Regierung noch nicht reif, aber die Elternzeit bietet Vätern zumindest eine Chance, ohne dass allerdings die väterfeindlichen Strukturen im Familienrecht beseitigt wurden. Gerade dort wo SPD-Ministerinnen, wie z.B. im Justizministerium, in Amt und Würden blieben, bleibt die gegen Väter gerichtete Politik unverändert bestehen. Verständnis für die Anliegen und Probleme erziehender Väter zeigt allerdings auch Ministerin von der Leyen ebenso wenig wie ihre Vorgängerinnen. Die Suche nach einer Familienministerin, die sich endlich auch für die Anliegen der Väter zuständig fühlt, geht also weiter.

Ein echte gleichberechtigte Partnerschaft mit Kind ist von keiner der Parteien beabsichtigt. Die Familienpolitik und das Familienrecht bleibt vorwiegend matriarchal geprägt. So ist z.B. das Sorgerecht eines unverheirateten Vaters vom Willen und Unwillen der Mutter abhängig. Man will Väter in die Pflicht nehmen, aber ihnen die Rechte vorenthalten. Dies ist keine gleichberechtigte Partnerschaft, sondern ein Instrumentalisieren von Vätern. Die Vereinbarkeitsprobleme aktiv erziehender Männer werden nicht ausreichend wahrgenommen.

Einigkeit besteht auch darin, die Minderbezahlung von Teilzeit arbeitenden Männern zu tabuisieren.

Väter interessieren nur insofern, sofern sie die Mutter bei der Erziehungsarbeit entlasten können. Ist diese Entlastung nicht mehr gewünscht, finden sie sich nach wie vor relativ schnell in der archaischen Rolle des Versorgers, des Zahlpapas, der seine Kinder nur selten sehen darf.

Schon im Grundgesetz in Artikel 6, Abs. 4, wird nur die Mutterschaft geschützt, die Vaterschaft nicht. Junge Männer sind sich bewusst, dass ihre Vaterschaft nicht ausreichend geschützt wird.

Ebenso bleibt das Thema „Gewalt gegen Männer“ oder gar „weibliche Täterschaft“ in allen Parteien nach wie vor ein Tabuthema. Wieweit gerade die Marginalisierung von weiblicher Täterschaft bei der Gewalt in Familien die Hilfe für Gewaltopfer, insbesondere auch gegen Kinder, erschwert oder behindert, ist eine Frage, die bei der derzeitige ideologisch ausgerichteten Familienpolitik nicht gestellt werden darf.

Durch die Übernahme von familienpolitischen Grundsätzen der SPD verliert die CDU/CSU in der Familienpolitik zunehmend an Profil.

Die CDU ermöglichte die Verbesserung der Rahmenbedingungen für die Vaterschaftsfeststellung für Väter.

Die SPD ist die treibende Kraft für die Kriminalisierung von Vätern, die selbstbestimmt ihre Vaterschaft („heimliche Vaterschaftstests“) feststellen lassen möchten.

Die Grünen waren die einzigen, die zumindest angefangen haben, die Sorgerechtsdiskriminierung von Vätern zu diskutieren.

Die Grünen unterstützen die SPD bei der Kriminalisierung von Vätern, die selbstbestimmt ihre Vaterschaft feststellen lassen möchten.

Die FDP unterstütze die CDU bei der Verbesserung der Rahmenbedingungen für die Vaterschaftsfeststellung für Väter. Ansonsten bleibt die FDP in der Familienpolitik, insbesondere aus Vatersicht, blass.

Die von der FDP und SPD gewünschte Einführung eines „Kinderwahlrechtes“ wirkt sich angesichts der Sorgerechtsdiskriminierung von Vätern in der Praxis als Zensuswahlrecht für Frauen mit Kindern aus.

Die Linke steht nicht nur für eine Kriminalisierung der familienschonend nach Wahrheit suchenden Väter. Bereits die geringfügige Verbesserung der rechtlichen Situation von Vätern bei der Überprüfung der Vaterschaft ging der Linken zu weit.

Gewerkschaften

Auch die Gewerkschaften sind natürlich politisch aktiv. Deshalb möchten wir kurz die Berücksichtigung jungen- und männerspezifischer Belange in den Gewerkschaften beleuchten.

Positiv anzumerken ist, dass sich die DGB-Jugend für die Abschaffung der Wehrpflicht einsetzt.

Der Rest der Geschlechterpolitik ist reine von Doppelmoral geprägte Frauenförderpolitik. „Positive“ Diskriminierung ist Normalität.

Der Leiter des Bildungshauses Verdi in Brandenburg z.B. legt in einer Ausschreibung offen dar, dass er nur eine Frau, aber keinen Mann als Assistentin für die Köchin und den Küchenchef sucht.⁸³

Bezüglich der nachweislich vorhandenen mittelbaren und unmittelbaren Benachteiligung von Jungen in der Schule sieht die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft GEW in ihrer frauenpolitisch-feministischen Studie „Eine Schule für Mädchen und Jungen“ bezüglich der Bildungsbenachteiligung der Jungen lediglich *„wenig Sinn, pauschal eines der beiden Geschlechter als Verlierer der allgemeinbildenden Schulen auszumachen, für das besondere pädagogische Maßnahmen zu ergreifen sind.“*(S.55).

Trotzdem hält dies - im Widerspruch zu ihrer eigenen Aussage - die gleiche Gewerkschaft nicht davon ab, besondere pädagogische Fördermaßnahmen für Mädchen zu fordern und umzusetzen, z.B. durch Mädchenspezifische Mathematikförderung.⁸⁴ Jungenförderung beschränkt i.d.R. sich auf Sozialisationsarbeit bei der Jungen ihr Männlichkeitsbild feministisch kritisch reflektieren müssen, also das Gleiche wie seit 30 Jahren.

Deshalb verwundert es auch nicht, dass die Studie zu dem Schluss kommt, es gelte, *„die Heterogenität der Schülerinnen und Schüler konstruktiv als Chance ...zu nutzen.“* Nun, hier stimmen wir der Studie bei. Die Bildungsbenachteiligung der Jungen stellt ohne Frage eine große Chance dar - für die Frauenförderpolitik!

Diese Studie der Gewerkschaft dient offensichtlich nur der Argumentationshilfe bei der Verharmlosung der Bildungsproblematik von Jungen.

Die Gewerkschaften sind weiterhin eine der treibenden Kräfte für die Ausgrenzung von Jungen aus dem Zukunftstag.⁸⁵

Die Gewerkschaft geht sogar weiter. Anne Jenter fordert eine Frauenausbildungsquote, mit der männliche Jugendliche beim Kampf um einen Ausbildungsplatz gezielt benachteiligt werden sollen.⁸⁶ Und dies, obwohl männliche Jugendliche heute eine wesentlich höhere Jugendarbeitslosenquote aufweisen als weibliche.

Als Begründung heißt es: *„Schließlich hätten Mädchen bessere Noten in ihren Abgangszeugnissen als Jungen, und sie könnten andere Erfahrungen ins Berufsleben einbringen.“* Die schlechtere Bildungssituation von Jungen wird also nicht als Grund für eine Bildungsförderung von Jungen gesehen, sondern für neue „positive“ Diskriminierungen von Jungen. Eine derartige Argumentation halten wir für ausgesprochen zynisch. Zudem wird nicht erwähnt, dass Jungen die schlechteren Noten haben, weil sie in den letzten 30 Jahren in der Schule vernachlässigt wurden, während man durch gezielte Förderung den Bildungserfolg von Mädchen verbesserte.

⁸³ http://www.ovb-online.de/news/landkreis_rosenheim/art4107_822326.html?fCMS=e7e67afe518764b41640531228a1e0ab Abruf 24.10.2006

⁸⁴ <http://www.gender-in-bildung.de/> Abruf 15.07.08

⁸⁵ <http://www.mannat.de/index.php?id=224> Abruf 15.07.08; www.gew-nds.de/presse_dgb_archiv.php Abruf 5.5.2006

⁸⁶ www.fr-aktuell.de/ressorts/wirtschaft_und_boerse/wirtschaft/?cnt=425431 „DGB-Expertin regt Frauenquote an“ Abruf 26.04.2004

Trotzdem stößt die Gewerkschaft damit in der Wirtschaft durchaus auf offene Türen. Siemens Berlin hat z.B. schon Ausbildungsstellen nur für Mädchen ausgeschrieben. Wenn diese Stellen nicht von Mädchen besetzt werden, werden sie nicht etwa mit einigen der vielen männlichen Bewerber besetzt, sondern sie werden komplett gestrichen!⁸⁷ Das lässt die Klage über einen Fachkräftemangel plötzlich in einem ganz anderen Licht erscheinen.

In der Familienpolitik setzt sich die Gewerkschaft für eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf, teilweise auch für Väter, ein, kolportiert dabei aber die üblichen väterfeindlichen Klischees vom verantwortungslosen Vater.⁸⁸

Die Stiftung Männergesundheit startete immerhin am 7. Februar 2007 gemeinsam mit der Vereinten Dienstleistungsgewerkschaft (ver.di) und der Universität Ulm eine erste deskriptive Bestandsaufnahme zu beruflichen Belastungen, gesundheitlichen Aspekten und Maßnahmen betrieblicher Gesundheitsförderung. Ergebnisse werden 2008 erwartet.⁸⁹

Der DGB Region KERN hat zusammen mit der Fachhochschule Kiel ein Projekt „Lebensweltbezogenes Bildungskonzept für Väter in Erziehungszeit“ durchgeführt, deren Ergebnisse allerdings erst im November 2008 präsentiert werden und somit in dieser Studie nicht analysiert werden können.⁹⁰

Fazit: Die Geschlechterpolitik der Gewerkschaften tut sich ebenso schwer wie die Parteien jungen- oder gar männerspezifische Anliegen in ihrer Geschlechterpolitik zu berücksichtigen. Einige wenige positive Ansätze sind da.

⁸⁷ H. Labenski „Siemens sucht verzweifelt Azubis“, Berliner Morgenpost vom 18. Juni 2006

⁸⁸ <http://www.familie.dgb.de/index.html>; Abruf 15.07.08

⁸⁹ http://www.stiftung-maennergesundheit.de/projekte_01.php Abruf 20.10.2008

⁹⁰ <http://www.vaeterprojekt.de/> Abruf 20.10.08 A

Die „kleinen“ Parteien

Sogenannte „kleine“ Parteien werden zwar oftmals belächelt, haben jedoch eine wichtige Funktion in der Gesellschaft. Sie greifen oft wichtige Themen auf, bevor sie den Weg in die große Politik finden. Nicht wenige Fragestellungen wurde erst lange außerparlamentarisch diskutiert, bevor sich die großen Parteien darauf einließen. Gerade durch ihre Größe sind die „großen“ Parteien oftmals sehr langsam und unflexibel, was aktuelle, bürgernahe Themen betrifft.

Außerdem sind die „kleinen“ Parteien ein Auffangbecken für Protesthaltungen und Protestwähler.

Insbesondere auch weil keine der „großen“ jungen- oder männerspezifische Themenbereiche ausreichend in ihrer Politik berücksichtigt, möchten wir die Jungen- und Männerpolitik dieser „kleinen“ Parteien vorstellen. Diesen Parteien haben wir nachfolgende 10 Fragen zur Jungen- und Männerpolitik gestellt:

10 Fragen zur Jungen- und Männerpolitik

1. Halten Sie eine gezielte Förderung von Jungen im Bildungsbereich für erforderlich und wenn ja, wie soll diese konkret aussehen?
2. Wie weit haben Sie in Ihrer Partei die Bildungsbenachteiligung von Jungen bislang thematisiert?
3. Welche konkreten Maßnahmen sehen sie für eine gleichberechtigte Partnerschaft mit Kind für Väter und zur Verbesserung der Akzeptanz und Gleichberechtigung aktiv erziehender Männer als notwendig an?
4. Welche konkreten Maßnahmen halten sie zur Verbesserung des Umgangsrechtes für Väter für dringend erforderlich?
5. Würden Sie sich für die Erstellung eines Männergesundheitsberichtes und der Führung einer Männergesundheitsdatenbank einsetzen?
6. Wie stehen Sie zur Benachteiligung männlicher Behinderter bei Rehabilitationsmaßnahmen aus §44 Sozialgesetzbuch Band IX auf Grund ihres Geschlechts?
7. Wie stehen Sie zur Tabuisierung männlicher Gewaltopfer in der Gewaltopferdiskussion im Allgemeinen und im Rahmen des Themas „Häusliche Gewalt“ im Speziellen?
8. Wie stehen Sie zu Männerzwangsdiensten (Wehrdienst, Zivildienst; abschaffen, aussetzen oder beibehalten)?
9. Wie müssen männliche Migrantenjugendliche bei der Integrationspolitik speziell Berücksichtigung finden?
10. Gibt es in Ihrer Partei eine spezielle eigenständige Jungen- und Männerpolitik und wie sieht diese aus, wie ist diese organisiert und welche Ziele hat sie?

Hier die Antworten der einzelnen Parteien in der Originalfassung:

Humanwirtschaftspartei

„danke für Ihre Anfrage, die wir allerdings nicht Punkt für Punkt beantworten können.

Unsere Arbeit zielt darauf ab -- mit der Einführung eines intakten Geldes und einer professionellen Geldverwaltung, neben der Sozialisierung des Bodens -- Armut, Unterdrückung, Diskriminierung und Ausbeutung (die Liste lässt sich verlängern) zu überwinden.

Wir freuen uns, festzustellen, dass es innerhalb unserer Gesellschaft und auch weltweit immer mehr Initiativen und Projekte gibt, die sich zur Aufgabe machen, diese oder jene Benachteiligung/Diskriminierung und Schlechterstellung öffentlich zu machen und sich für deren Überwindung einzusetzen. Wir befassen uns jedoch nicht mit der Verbesserung der Lebensumstände spezieller Bevölkerungsgruppen, obwohl wir sehen und wissen, dass nahezu alle Menschen und Gruppen auf die eine oder andere Weise nicht zu ihrem Recht kommen. Nicht zu ihrem Recht kommen können, weil wir mit einem Geld- und Bodenrecht zu leben haben, das barbarischen Zeiten entspringt und seit einigen tausenden Jahren nicht professionell entwickelt wurde. Die Folgen für etwa 95% aller Menschen sind ebenso horrorhaft wie zwangsläufig. Selbst die aufwendigsten Kampagnen gegen das eine oder andere schreiende Unrecht bringen die Quelle der Missstände nicht zum Versiegen.

Wir haben es uns zur Aufgabe gemacht, uns auf diese Fehler im Geldsystem und im Bodenrecht zu fokussieren, daher sind unsere Forderungen begrenzt auf zwei Maßnahmen:

- . Die Einführung einer Umlaufsicherung auf Bargeld, damit wir endlich zu einer Währung kommen und
- . die Umgestaltung des privaten Bodenrechts in ein öffentliches Bodenrecht.

Mit diesen Korrekturen gelangen wir an den Punkt, an dem es nicht mehr möglich ist, andere Menschen aufgrund von Geld- oder Bodenbesitz auszubeuten und sie ihrer Lebensgrundlagen zu berauben. Menschen, die nicht mehr um ihre Sicherheit und ihr Überleben fürchten müssen, werden ihre Konflikte und Streitigkeiten großzügiger und vor allen Dingen gewaltlos regeln. Es werden in der breiten Gesellschaft keine Kämpfe mehr geführt werden, die nur noch mehr Schaden anrichten. Oder die Benachteiligung der einen Gruppe auf Kosten einer anderen Gruppe aufheben.

Insbesondere das Geschlechterverhältnis wird sich grundlegend ändern und kein Geschlecht wird gegenüber dem anderen mehr systematisch schlechter gestellt und benachteiligt. Die Konflikte werden sich reduzieren auf das was sie sind: Auseinandersetzungen und Schwierigkeiten zwischen 2 oder mehreren Menschen, die in einem intakten Umfeld auch auf gute Art und Weise gelöst werden können.

Dies ist unser Beitrag zu Beseitigung der Missstände und Ungerechtigkeiten. Wir wollen der Sache auf den Grund gehen und die soziale Frage nachhaltig lösen.

Uns ergeht es mit Sicherheit wie Ihnen und Ihrem Projekt: sie verfügen über zu wenig Ressourcen und Mitmacher. Dies gebietet uns eine strenge Selbstdisziplinierung auf die genannten Bereiche der Geld- und Bodenreform, denn wir "können uns nicht teilen".

Mit dieser Antwort ist Ihnen erstmal vielleicht nicht gedient, sie mögen gar unsere Sicht der Dinge als "ignorant" einstufen, doch wir haben hoffentlich deutlich gemacht, dass unsere Sympathie allen Menschen und Projekten gilt, die sich für die Verbesserung der Lebensumstände einsetzen. Gäbe es diese Initiativen und Bekundungen nicht, so könnten wir nicht mit Sicherheit wissen, dass die Gesellschaft -- die ganze Menschheit -- genug von Unrecht und Diskriminierung hat. Und zwar endgültig.

Wir wünschen Ihnen ein erfolgreiches Wirken und Schaffen und freuen uns, wenn Sie dies mit gleicher Münze zahlen.

Es lebe der freie Mensch. Mann wie Frau, wie Kind.“

STATT PARTEI DIE UNABHÄNGIGEN

„Punkt 10 vorweg

Dieses Thema war bisher in unserer Partei nicht behandelt worden - Stellenwert entsprechend gering.

Punkt 7

Wir halten Wehrdienst für überholt. Bei der komplizierten Waffentechnik kann niemand in diese in kurzer Zeit geschult werden, das ist Aufgabe von Spezialisten, deshalb eine Berufsarmee - zu reinen Verteidigungsaufgaben und zur Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung. Militärische Einsätze sind keine Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln - siehe Clausewitz bezüglich Krieg. Also eindeutig: abschaffen

Mit freundlichem Gruß

Männerpartei

1. *Halten Sie eine gezielte Förderung von Jungen im Bildungsbereich für erforderlich und wenn ja, wie soll diese konkret aussehen?*

Ja. Massnahmen zur gezielten Förderung gibt es genug: Männliche Lehrer, auf Jungen zugeschnittene Lehrinhalte, Änderungen des Schulsystems (da Jungs - aber auch viele Mädchen - erst in späteren Jahren Leistung zeigen, sollte z. B. deren Entscheidung für das Gymnasium erst nach der 8. Klasse gefällt werden müssen. Man sollte die besten Schulsysteme aus dem Ausland studieren und das was sinnvoll ist, kopieren.).

Man kann sich des Eindruckes nicht erwehren dass an deutschen Schulen die Jungs in einer Mädchen-Schablone gepresst werden sollen.

Beteuerungen der verantwortlichen Politiker können nicht ernstgenommen werden, da ja eine "Volkspartei" sich zum Ziel gesetzt hat, die "menschliche Gesellschaft durch Überwindung der männlichen Gesellschaft" erreichen zu wollen.

Die Mähre von der "Sozialisierung" des Genders lässt sich durch ein einfaches Beispiel widerlegen: Es ist eine gut untersuchte und dokumentierte Tatsache, dass die "Sozialisierung" der Linkshänder auf Rechtshänder zu schweren seelischen Störungen führen kann. Daher braucht man keinerlei zusätzliche Untersuchungen um die Aussage zu unterstützen, dass man auf die Schüler geschlechtsspezifisch eingehen muss, um ihnen gleichermaßen Lesen und Schreiben beizubringen.

Ein Argument das vielfach von "renommierten" Verfechtern der Sozialisierung der Jungen nach weiblichen Stereotypen gebracht wird, ist die unbewiesene Vermutung, dass Jungs weniger Empathie als Mädchen empfinden würden. Wer die Bilder aus dem Berliner Zoo gesehen hat, mit welcher Zärtlichkeit und Einfühlvermögen sich der männliche Betreuer Knut zuwendete, weiss dass ein Mann keine Worte braucht um seine Gefühle zu zeigen.

2. *Wie weit haben Sie in Ihrer Partei die Bildungsbenachteiligung von Jungen bislang thematisiert?*

Wir sind nun mal eine kleine Partei. Wir verfolgen die dazugehörige Berichterstattungen in den Medien und Vereine. Da uns aber Lehrer fehlen, können wir im Augenblick noch keine qualifizierte Forderungen stellen.

Wir sehen allerdings dass nicht nur die Jungs, sondern auch die Mädchen - trotz Förderung und Girls-Day - Probleme haben. D. h., dass auch das gesamte Schulsystem - nach einer kritischen Bestandsaufnahme - gezielt in ein System reformiert werden sollte, das von allen Seiten getragen werden kann. Das Ziel ist jedermann klar: Ein Schulsystem das gut ausgebildete Kinder hervorbringt (die m von cm auseinanderhalten können).

3. *Welche konkreten Maßnahmen sehen sie für eine gleichberechtigte Partnerschaft mit Kind für Väter und zur Verbesserung der Akzeptanz und Gleichberechtigung aktiv erziehender Männer als notwendig an?*

Dazu können wir sicherlich Bände füllen.

Eine gleichberechtigte Partnerschaft mit Kind für Väter impliziert gleiche Rechte und Pflichten, also Verantwortung tragen, sowohl vom Vater als auch von der Mutter.

Hierzu gehört in erster Linie die Beziehung zum Kind: Dafür braucht man Zeit aber auch Geld um zu leben. Um Geld zu verdienen braucht man manchmal viel Zeit, da das Geld hinten und vorne nicht reicht. Daher würden wir es begrüßen wenn - wir haben den Bauern die höheren Preise für Milch ja auch gegönnt - ein Mindestlohn eingeführt wird, der es einem Vater erlauben könnte, bei einer 40h-Woche mehr als die Hartz IV-Sätze nach Hause zu bringen.

Es ist nämlich nicht mehr vertretbar, dass die Politik es zulässt, dass immer mehr Familien in den sozialen Hartz-IV-Abstieg landen - mit dem unweigerlichen Auseinandergehen bzw. Belastung der Familie - um ihnen dann die Kinder über §1666 BGB wegzunehmen. Ironischerweise hat dann der Staat ausreichend Geld um die Pflegefamilie (ca. 1000 EUR/Monat) oder gar ein Kinderheim zu bezahlen (2500 bis 6500 EUR/Monat). Dann ist es doch wirtschaftlicher, das Geld gleich in die wirtschaftliche Rettung der Familie zu stecken, statt sie auf dem sozialen Abstellgleis dahinsiechen zu lassen.

Laut Umfragen ist die Akzeptanz der aktiv erziehenden Väter in der Bevölkerung vorhanden: Viele Väter würden sich selbst so etwas wünschen.

Das Problem, das wir haben ist eine feministisch geprägte Politik. Diese Ausrichtung ist z. B. an der Bezeichnung BMFSFJ zu erkennen: Das Wort Männer fehlt.

Zur Kern dieser Politik gehört ein systematisches Leugnen der - nicht nur erzieherischen - Fähigkeiten des Mannes. Ihr Ziel erreichen diese Gruppierungen durch die permanente Betonung der Benachteiligung von Frauen. Da es sich dabei um ein niederes Strukturniveau (http://de.wikipedia.org/wiki/Abwehrmechanismus#Beispiele_f.C3.BCr_Abwehrmechanismen) handelt, kann man den Vertretern dieser Politik kaum mit Argumente entgegentreten.

Um diese, auf ein "niederes Strukturniveau" aufbauenden Mentalität zu bekämpfen, muss eine breite Mehrheit geschaffen werden. Die Bevölkerung muss darüber aufgeklärt werden, dass diejenige die heute lautstark, den "neuen Vater" einfordern, dies gar nicht wollen. Die "neuen Väter" gab es schon immer.

Die Gerichte sind für die Beibehaltung des alten "Status quo" (Mann=Geldbesorger, Frau=Heimchen am Herd) und für die geringe Akzeptanz der aktiv erziehenden Väter in Gesellschaft verantwortlich zu machen. Daher gehört eine Kontrolle der Justiz durch parteiunabhängige und Professionen-freie Gremien zu einer unserer Hauptforderungen.

4. *Welche konkreten Maßnahmen halten sie zur Verbesserung des Umgangsrechtes für Väter für dringend erforderlich?*

Hier eine nicht erschöpfende Liste:

a) *Abschaffung des Jugendamtes oder Einführung einer unabhängigen Kontrolle (frei von "Professionen"=Anwälte, Richter, Psychologen, Erzieher, usw.) dieses Amtes und Einschränkung der Befugnisse. Wir haben z. Zt. eine permanente Verletzung des Art. 100 GG: Einfache JA-Beamte maßen sich Richterrechte an.*

b) *Einführung des Sorgerechts des LEIBLICHEN Vaters*

c) *Einführung des automatischen Vaterschaftstests ab Geburt*

- d) *Wiedereinführung des Schuldprinzips im Scheidungsrecht*
- e) *Nachweispflicht für die Verwendung der erhaltenen Unterhaltszahlungen durch den Unterhaltsempfänger*
- f) *Bestrafung der Umgangsverweigerer*
- g) *Steuerliche Anerkennung der erhöhten Umgangskosten durch LStkl III auch nach Scheidung, solange Kinder in die Schule gehen.*
- h) *Verpflichtung der Schule, Kirche, usw. beiden Eltern Informationen über die eigene Kinder zu geben, bzw. den Umgang mit den Kindern zu fördern*
- i) *Verhandlungen im Sorgerecht-, Kindschafts- und Umgangsrecht-Verfahren sollen öffentlich sein*
- j) *Abschaffung der Anwaltpflicht*
- h) *Abschaffung des Rechtsberatungsgesetzes*

...

5. *Würden Sie sich für die Erstellung eines Männergesundheitsberichtes und der Führung einer Männergesundheitsdatenbank einsetzen?*

Ja.

6. *Wie stehen Sie zur Benachteiligung männlicher Behinderter bei Rehabilitationsmaßnahmen aus §44 Sozialgesetzbuch Band IX auf Grund ihres Geschlechts?*

Wir sind gegen die "positive Diskriminierung" des männlichen Geschlechts. Darunter fällt die Abschaffung des Wahlrechts für Männer (BGleig, §16, http://www.gesetze-im-internet.de/bgleig/_16.html) und selbstverständlich auch §44, III, SGB IX (http://www.sozialgesetzbuch.de/gesetze/09/index.php?norm_ID=0904400).

7. *Wie stehen Sie zur Tabuisierung männlicher Gewaltopfer in der Gewaltopferdiskussion im Allgemeinen und im Rahmen des Themas „Häusliche Gewalt“ im Speziellen?*

Wir haben gerade an dieser Diskussion das "niedere Strukturniveau" feministischer Argumentation bewiesen. Die Daten der Referenzstudie (2004) wurden von uns angefordert und eingehend studiert. Wir stellten fest, dass die Studie von einem Katalog von Gewalthandlungen ausgeht, das eindeutig überzogen ist (es gilt als sexuelle Belästigung wenn ein Mann einer Frau nachpfeift.).

In der Referenzstudie werden in unzulässiger Weise Daten vermengt: Als Ergebnis wird immer die Zahl der Frauen mit Gewalterfahrungen in ihrem gesamten Leben aufgeführt. Selbst Frauen, die Gewalthandlungen im II. Weltkrieg erlebt haben, wurden zur Erhöhung der Prozentzahlen herangezogen.

Die überaus hohe Zahl des letzten Befragungsjahres (2,2% Frauen mit Gewalterfahrung/Jahr) liess uns dazu übergehen, die bekannt gegebenen Zahlen anhand der veröffentlichten Polizeistatistiken zu überprüfen. Es erwies sich, dass die Studie eine um den Faktor 10 überhöhte Zahl angibt.

Es gibt eine Fülle an internationalen Studien die beweisen, dass Frauen den Männern in punkto Gewalt in nichts nachstehen. Auch in Deutschland gibt es solche Ergebnisse, die aber von der Politik ständig ignoriert werden.

8. *Wie stehen Sie zu Männerzwangsdiensten (Wehrdienst, Zivildienst; abschaffen, aussetzen oder beibehalten)?*

Unter dem Gesichtspunkt der Gleichbehandlung der Frauen und Männer stehen sicherlich einige Alternativen zur Wahl:

a) *Berufsarmee und Berufs-Zivildienst*

b) *Wehrdienst für Männer, Zivildienst für Frauen (mit Möglichkeit den anderen Dienst zu leisten).*

9. *Wie müssen männliche Migrantenjugendliche bei der Integrationspolitik speziell Berücksichtigung finden?*

In erster Linie müsste die Kooperation zwischen Eltern und Kindergarten oder Schule verstärkt werden, sie müssten mehr Unterstützung bei allgemeine Erziehungsfragen finden. Dies gilt nicht nur für Migranten: Fernsehnachmittage finden sie auch bei deutschen Familien. Daher wäre eine Nachmittagsbetreuung der Kinder durch Lehrer oder Pädagogen die geeignete Antwort auf die schlechten Ergebnisse der Schüler. Es hätte den Vorteil der Schaffung gleicher Chancen in der Weiterbildung für alle und damit kann insbesondere den männlichen Migrantenjugendlichen helfen, vorausgesetzt dass bei der Nachmittagsbetreuung nicht erneut nur die Mädchen gefördert werden.

10. *Gibt es in Ihrer Partei eine spezielle eigenständige Jungen- und Männerpolitik und wie sieht diese aus, wie ist diese organisiert und welche Ziele hat sie?*

Unser Name ist Programm!

Weitere kleine Parteien, die angeschrieben wurden:

Allianz Der Mitte ADM
Deutsche Zentrumspartei
Die Grauen
Die Republikaner
Familienpartei
Freie Wähler
future! Die Jugendpartei
Ökologisch Demokratische Partei ÖDP
Partei "AUFBRUCH"
Partei bibeltreuer Christen PBC
Partei *Unabhängige Kandidaten*
Tierschutzpartei
Volksinteressenbund Thüringen

Keine dieser Parteien hat eine Stellungnahme zu unseren Fragen abgegeben.

Die Parteien im Überblick

Jungen und Migrantenjungen

Alle Parteien auf Bundesebene kommen ihrer Verantwortung gegenüber Jungen und männlichen Jugendlichen nicht nach. Im Gegenteil, die Bildungs- und Jugendpolitik aller Bundesparteien bewerten wir als ausgesprochen jungenfeindlich. Das Bildungspotential von Jungen wird von allen Parteien vernachlässigt.

Das eklatante Missverhältnis von Mädchenförderung zu Jungenförderung zuungunsten der Jungen bleibt. Die CDU hat ihr Wahlversprechen zu einer stärkeren Jungenförderung gebrochen. Die schwarz-rote Regierung hat die Politik der Jungenausgrenzung der rot-grünen Regierung sogar noch ausgebaut.

Dort wo Jungen in den Blickpunkt genommen werden, handelt es sich um keine Bildungsförderung, sondern um eine feministisch ausgerichtete Umerziehung zum Nachteil der Jungen.

Zwangsdienste

CDU/CSU sind für einen Beibehalt bzw. einen Ausbau der Männerzwangsdienstkultur in Deutschland. Bei der SPD gibt es intern unterschiedliche Ausprägungen. Die Älteren unterstützen eher die CDU/CSU beim Beibehalt der Männerzwangsdienstkultur, während die Jüngeren eher für deren Abschaffung plädieren. FDP, die Grünen und die Linke sind für eine Abschaffung der Zwangsdienstkultur. Zumindest die FDP und die Grünen haben jedoch schon gezeigt, dass sie bereit sind, diese Forderung zugunsten des Machtriebes aufzugeben.

Männergesundheit

Geschlechterspezifische Gesundheitspolitik ist in allen Parteien ausschließlich Frauengesundheitspolitik. Dies geht soweit, dass im Sozialgesetzbuch männlichen Behinderten – Jungen wie Männern – Rehabilitationsleistungen bewusst vorenthalten werden. Charakteristisch für die Gesundheitspolitik der CDU, SPD und den Grünen war in den letzten 10 Jahren, als diese Parteien an der Regierung waren, eine penetrante Ablehnung der Berücksichtigung der männerspezifischen Gesundheitssituation.

Väter

Deutschland bleibt eines der väterfeindlichsten Länder der Europäischen Union. Die rot-grüne Regierung war nach unserer Einschätzung väterfeindlicher als die schwarz-rote. Die Linke, die Grünen und die SPD betreiben eine deutlich aggressivere Politik gegen Väter als die FDP und die CDU/CSU.

Die CDU-Ministerin von der Leyen hat eine Elternzeit eingeführt, bei der auch Väter staatlich unterstützt eine berufliche Auszeit für die Kindererziehung nehmen können, was wir gut finden. Allerdings ist diese Elternzeit mit erheblichen Nachteilen speziell für Väter verbunden. So werden Väter, die Elternzeit nehmen, gegenüber Müttern, die Elternzeit nehmen, beim Kündigungsschutz und bei den Rentenansprüchen deutlich benachteiligt. Weiterhin werden Väter, die Elternzeit nehmen, in Berufseinstiegsprojekten des Bundesfamilienministeriums gezielt ausgegrenzt. Dies deutet darauf hin, dass das Elternzeitkonzept von von der Leyen (CDU) nicht vorrangig dazu dient, Väter gleichberechtigt in die Erziehungsarbeit mit Kindern zu integrieren, sondern Väter gezielt zu Verlierern im Arbeitsmarkt und in der Rentenversorgung zu machen.

Die Kritik des Europäischen Gerichtshofs bezüglich der Benachteiligung von Vätern wird von der Familienpolitik ignoriert. Ebenso die Tatsache, dass in der behördlichen Praxis beschiedene Urteile zugunsten der Väter im Umgangsrecht nicht umgesetzt werden.

Familienpolitik wird auch unter schwarz-roter Regierung, wie schon während der rot-grünen Regierung, über die Köpfe der aktiv erziehenden Väter hinweg gemacht. Ein Dialog mit den Vätervereinen findet auch unter Ministerin von der Leyen nicht statt.

Väter sollen stärker in die Pflicht genommen werden, ohne ihnen Rechte zuzugestehen. Dies ist keine gleichberechtigte Partnerschaft mit Kind, sondern ein Instrumentalisieren der Väter als Frauenfördermittel.

Geschlechterpolitik

In allen Parteien bleibt die Geschlechterpolitik eine reine Mädchen- und Frauenförderpolitik. Alle Parteien praktizieren eine ausgesprochen jungen- und männerausgrenzende Politik. Die gezielte Benachteiligung („positive Diskriminierung“) von Jungen und Männern wird heute bei allen Parteien in immer mehr Bereichen ausgiebig praktiziert.

Die Praxis hat gezeigt, dass sowohl Antidiskriminierungsstelle als auch der Petitionsausschuss in der Praxis keine Hilfe beim Abbau von jungen- und männerspezifischen Benachteiligungen darstellen. In allen von uns bislang vorgebrachten Fällen haben die genannten Einrichtungen die Benachteiligung im Sinne einer „positiven“ Diskriminierung geduldet oder haben sich nicht zuständig gefühlt.

Die Linke bekennt sich in ihrem Parteiprogramm zum Feminismus. Die Linke und die Grünen haben Satzungen, die die Mitwirkung männlicher Parteimitglieder radikal beschneiden. Die SPD hat Männlichkeitsfeindlichkeit sogar als Parteigrundsatz festgeschrieben. Die FDP ist die einzige Partei ohne (offizielle) Frauenquoten. Aber auch die FDP richtet sich immer stärker zum Feminismus hin aus, so dass die Einführung von Frauenquoten nicht auszuschließen ist.

Positive Ansätze unter Renate Schmidt (SPD), auch jungen- oder männerspezifische Anliegen stärker berücksichtigen zu wollen, wurden durch die CDU-Ministerin von der Leyen komplett zurückgefahren.

Die kleinen Parteien

Alle kleine Parteien haben in Bezug auf jungen- oder männerspezifische Anliegen und Belange mit Ausnahme der Männerpartei lediglich reines Protestwahlpotential.

Ergebnis

Ein Heer von Frauenbeauftragten macht es möglich, dass heute in nahezu allen Bereichen Jungen und Männer völlig „legal“ benachteiligt werden, auch dort, wo Jungen und Männer mittlerweile die schlechtere Situation vorfinden.

Obwohl Jungen heute die Bildungsverlierer sind, besteht im Bildungsbereich ein ausgeprägtes Missverhältnis von Mädchenförderung zu Jungenförderung zuungunsten der Jungen. Man kann also konstatieren, dass Jungen die politisch gewollten Bildungsverlierer sind.

Männliche Arbeitslose werden bei der Vergabe von Arbeitslosenhilfen trotz stärkerer Betroffenheit ebenfalls benachteiligt.⁹¹

Trotz einer um 6 Jahren niedrigeren Lebenserwartung beschränkt sich die geschlechterspezifische Gesundheitspolitik ausschließlich auf Frauengesundheitspolitik. Männliche Behinderte – Jungen wie Männer – werden im Sinne einer „positiven“ Diskriminierung bei ihrer Rehabilitation gesetzlich benachteiligt.

Durch die Elternzeit wird Vätern verstärkt die Chance gegeben, eine berufliche Auszeit zugunsten der Kindererziehung zu nehmen. Allerdings wird aktiv erziehenden Männern - auch politisch unterstützt - die Vereinbarkeit von Familie und Beruf bewusst erschwert.

In der Integrationspolitik beschränkt sich das Geschlechterthema ausschließlich auf Frauen und Mädchen. Migrantenjungen, also die Klientel mit den größten Bildungsproblemen, wurden von der ersten Studie im Jahr 2004 „viele Welten leben“ bis zum fertigen nationalen Integrationsplan 2007 gezielt und bewusst unter den Tisch gekehrt.

Trotz alledem ruhen die Zwangdienstleistung und die damit verbundenen Benachteiligungen nach wie vor allein auf den männlichen Bürgern.

Die Antidiskriminierungsstelle befürwortet und duldet diese gezielten und bewussten Benachteiligungen männlicher Bürger. Sie fördert damit die Festzementierung und nicht die Beseitigung dieser Benachteiligungen.

Dies alles ist möglich, weil es in allen Parteien zwar eine Mädchen- und Frauenpolitik gibt, aber keine Jungen- und Männerpolitik. Diese Studie zeigt deutlich, dass der männliche Wähler heute mehr denn je nur zwischen schlecht und schlechter wählen kann. Sie soll gleichzeitig eine Forderung an die Politik sein, ihr Versprechen einzuhalten, die legitimen Anliegen von Jungen, Vätern und Männern zu respektieren.

⁹¹ Presse-Info 52 der Bundesanstalt für Arbeit vom 06.08.03